



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Jahresschwerpunkt 2016: Fliehkräfte

Kriege – Armut – Hunger

Fluchtursachen und die Krise der Friedenssicherung

ab Seite 3

Europäische Brüche

Europa ist in einer schlechten Verfassung. Die Fliehkräfte im Bündnis nehmen zu. Ungarn und Brexit – Erosionserscheinungen sind unübersehbar.

Seite 12

Digitale Hetzorte

Die Glaubwürdigkeitskrise der Medien und das Erstarken des Rechtspopulismus waren nur zwei Schwerpunkte der 12. Tutzinger Radiotage.

Seite 17

Großbaustelle Föderalismus

Länderfinanzausgleich und Solidarpakt II – der deutsche Bundesstaat steht vor einer Neuausrichtung.

Seite 18

Inhalt

JAHRESSCHWERPUNKT FLIEHKRÄFTE

- 3** Kriege – Armut – Arbeit – Bildung – Hunger
- 6** Wie es geschafft werden kann
- 8** Alte Irrtümer – neue Wahrheiten
- 10** Besser ankommen
- 11** Fremde im Film

EUROPA

- 12** Visionen für Europa – die Krise als Chance begreifen
- 14** Europäische Einheit braucht wirtschaftliche Konvergenz
- 16** Freiheitsrechte im Fadenkreuz

MEDIEN

- 17** Neue Öffentlichkeit erzeugt digitale Hetzorte
- 25** Tutzing-Camp für Medienscouts

INNENPOLITIK

- 18** Großbaustelle Föderalismus

ETHIK

- 20** Eigenes Sein statt Fremdbestimmung

PHILOSOPHIE

- 21** Nicht dasselbe Selbst

PERSONALIA

- 23** „Homo sociologicus“ und Liebhaber von Kartoffelpuffern

KOMMUNALPOLITIK

- 24** „Die Bereitschaft zur Mitwirkung wecken“

KULTUR

- 26** 90 Jahre GEDOK

AKADEMIE INTERN

- 7** Akademie tritt dem Wertebündnis Bayern bei
- 23** Impressum
- 28** Zur Wiege der deutschen Demokratie
- 28** Sieg des Akademierteams beim Landkreislaf
- 29** Medienspiegel
- 30** Termine
- 31** Personalverzeichnis
- 32** Namen – Nachrichten

Blick über den See



In der Politik spielt Zeit eine wichtige Rolle. Wie stark hängt die Durchsetzbarkeit politischer Projekte vom zeitlichen Bezug zu einem auslösenden Ereignis ab? Welche äußeren Impulse bieten den Akteuren wie lange die Gelegenheit, breite Unterstützung um sich zu scharen? Auch die politische Bildung befasst sich mit den zeitlichen Dimensionen von Politik und Zeitfenstern. Gelegentlich

auch in eigener Sache. Selten zuvor war dies ebenso dringend wie drängend: Wenn ein wachsender Teil der Bevölkerung einem Politikverständnis anhängt, bei dem Gefühle Fakten übertrumpfen, wird es allerhöchste Zeit, dem Irrglauben, man könne sich die Welt einfach zurecht lügen, etwas entgegenzusetzen: Argumente und Urteilsvermögen. Schade nur, dass beides nicht umsonst, und schon gar nicht im Netz, zu haben ist. Eine Demokratie braucht Demokraten. Und der Rechtsstaat braucht Menschen, die begreifen, dass und warum auch eine Mehrheit an bestimmten Gewährleistungen – allen voran den Menschen- und Grundrechten – nicht vorbei kommt und vor allem nicht vorbei kommen darf. Das entsprechende Wissen erwirbt man nicht beiläufig. Dazu braucht es fachkundige Lehrkräfte und genügend Zeit für Unterricht und Projekte in politischer Bildung.

Derzeit tut sich zumindest für einen Teil der weiterführenden Schulen ein Zeitfenster auf: Der teilweise Umbau vom acht- zum neunjährigen Gymnasium bietet die Chance, den Schülerinnen und Schülern mehr (Lern-)Zeit für grundlegende wie aktuelle Fragen der bundesdeutschen und internationalen Politik einzuräumen. Aber wer zu Recht die Stärkung der politischen Bildung als Fachunterricht und als fächerübergreifendes Prinzip in allen weiterführenden Schulen fordert und sich dafür einsetzt, dass mehr Jugendliche an Projekten wie „Jugend debattiert“ oder den „Juniorwahlen“ teilnehmen können, sollte gleichzeitig in den Blick nehmen, dass entsprechend besetzte und engagierte Lehrkräfte dafür Unterstützung benötigen: Auf Freistellungen für einschlägige Fortbildungen sind nicht nur Sozialkundelehrkräfte angewiesen, sondern auch Nicht-Fachlehrer – schließlich bieten sowohl der (Fremd-)Sprachenunterricht als auch die sog. MINT-Fächer viele Bezüge zu gesellschaftspolitischen höchst relevanten Fragen.

Die Politikwissenschaft befasst sich nicht nur mit Zeitfenstern und auslösenden Ereignissen, sondern auch mit verpassten Gelegenheiten und übersehenen Signalen. Letztere tönen laut. Beileibe nicht nur in den USA. Wir alle sollten diese Signale hören und angemessen reagieren.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Kriege – Armut – Arbeit – Bildung – Hunger

Fluchtursachen waren Thema der Sommerakademie Internationale Politik

Die internationale Staatenwelt steckt in einer Krise der Friedenssicherung. Das ist eine von vielen Ursachen der globalen Fluchtbewegungen.

AM 20. JUNI 2016, dem Weltflüchtlingstag, veröffentlichte das Flüchtlingshilfswerk der UN den Global Trends Report 2015. Er gibt Aufschluss über die internationalen Entwicklungen von Flucht, Vertreibung und über den weltweiten Flüchtlingschutz. Die Zahl der Geflüchteten stieg global von 2012 bis 2015 um 35 Prozent. Die meisten Menschen bleiben in ihren Heimatregionen und suchen vor allem in benachbarten Ländern Zuflucht.



Flüchtlingsdrama im September 2014 an der türkisch-syrischen Grenze im kurdischen Gebiet Kobanê: Auf syrischer Seite harren Familien mit Kindern aus. Türkische Soldaten halten die Flüchtlinge auf Distanz.

© Heike Hänsel / flickr

Die Frage, warum Menschen nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, bestimmt die politische Debatte in Deutschland verstärkt seit dem Sommer 2015. Viele Erkenntnisse hat sie seither hervorgebracht: Das Verständnis darüber, dass Konflikte und globale Unsicherheiten zunehmen, dass der Schutz von flüchtenden Menschen allein als Lösung nicht ausreichend ist und dass Staaten und internationale Organisationen frühzeitig und differenziert die Ursachen von Flucht verstehen lernen müssen.

Neue Räume für Gewalt

Die internationale Staatengemeinschaft sei heute mit einer multiplen Konfliktlage konfrontiert, die neue Räume für grenzübergreifende Gewalt liefere, sagte Oliver Rolofs von der Münchner Sicherheitskonferenz. Doch habe sie es verpasst, sich dieser Konfliktlage anzupassen. Sie stecke in einer Krise der globalen Friedenssicherung. Viele zentrale Akteure, seien es die USA, die EU, die NATO oder die UN befänden sich in Prozessen der Neudefinition von innen- und außenpolitischen Interessen und Handlungsspielräumen. Daher ordne sich die kontinuierliche Erarbeitung von nachhaltigen und gemeinsamen Lösungsstrategien diesen Tendenzen systembedingt unter.

Bürgerkriege, Klimawandel und Staatszerfall machen ihrerseits aber nicht vor den Selbstfindungsprozessen internationaler Akteure halt. Ein Blick allein auf den afrikanischen Kontinent eröffnet die gesamte Bandbreite unterschiedlicher Push- und Pull-Faktoren

für Flucht und Migration. Der Arabische Frühling, Synonym für staatliche Zerfallsprozesse, löste aufgrund der entstandenen Unsicherheiten eine große Fluchtwelle aus, die durch die Libyenkrise 2014 noch einmal verstärkt wurde.

Ökonomische Entwicklungen, der nicht vorhandene Zugang für junge Menschen zum Arbeitsmarkt oder zu Bildungssystemen begünstigen ebenfalls die Entscheidung, das Heimatland zu verlassen und sich in anderen Regionen neue Perspektiven zu suchen. Eine sehr liberale Visapolitik zwischen afrikanischen Staaten im Osten des Kontinents und der Türkei sei dann ein klassischer Pull-Faktor für Migrationsbewegungen nach Europa, erläuterte Sofie Rafrafi vom Egmont Institute in Brüssel.



Sofie Rafrafi erläuterte Fluchtursachen von Afrika nach Europa.

© APB-Archiv

Problemregion Südosteuropa

Arbeitsmigration, Kriegsflucht und Zwangsmigration sind typische Bestandteile vieler Lebensläufe auch in Südosteuropa. Doch gerade in dieser Region ließen sich Migrationsbewegungen nicht ohne die mögliche Perspektive einer EU-Integration erklä-

ren, erklärte Tobias Flessenkemper vom Centrum International de Formation Européenne in Berlin. Die Einführung der Visumpflicht in den jugoslawischen Nachfolgestaaten etwa habe die Region in eine weltweit einmalige Isolation geführt, so der Journalist Dirk Auer vom balkan:biro in Belgrad. So wurde die ökonomische Krise, vor allem in ländlichen Regionen, 2015 zu einem der auslösenden Faktoren für einen rasanten Anstieg der Abwanderung in die EU. Der Kosovo verzeichne eine hohe Jugendarbeitslosigkeit von 75 Prozent, die medizinische Versorgung sei nur gegen Bargeldleistungen möglich und der Anspruch auf Sozialhilfe erlischt, wenn eine Familie kein Kind unter 5 Jahren habe. Auch Bosnien-Herzegowina weise seit den 1970-er Jahren keine bemerkenswerte Wirtschaftsentwicklung auf. Vielmehr befinde sich das Land in einer Art Rückkehrprozess zur „post-kolonialen“ Existenz.

Deformierte Staatlichkeit

Syrien, Pakistan, Armenien und Berg-Karabach sowie Abchasien und Südossetien. So unterschiedlich diese Länder sind, so sehr lassen sich Gemeinsamkeiten über die Ursachen von Flucht auch hier identifizieren. Innerstaatliche Gewaltkonflikte, Bürgerkriege, interkonfessionell-sektiererische Gewalt sowie ethnisch-nationalistische Aufstände greifen zunehmend ineinander. Und in Folge mehr oder weniger deformierter Staatlichkeit entsteht ein Ungleichgewicht, welches diese multiple Konflikt- und Krisenlage zusätzlich verschärft.

In Pakistan etwa breite sich die Schere zwischen einem schwachen Gesundheits- und Bildungssystem, rasant abnehmender Wohlfahrt der Gesellschaft und einem andererseits hoch entwickelten Militär immer



Hannes Ebert schilderte die katastrophale Situation in Pakistan.

weiter aus, erläuterte Hannes Ebert vom German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg. Das Land verzeichne ein riesiges Haushaltsdefizit, eine hohe Armutsquote und kämpfe mit Naturkatastrophen sowie einer enormen Wasserarmut. Die Ungleichbehandlung unterschiedlicher Provinzen in der Handhabung dieser Probleme untergrabe die Idee einer nationalen Einheit. Große Sorgen bereiten den Analysten die Lage religiöser Minderheiten und die Frage, inwieweit islamistisches Gedankengut, vor allem bei der jüngeren Generation und im Militär, mit welchen Folgen Fuß fassen kann.

Auch für jede Familie in Armenien träfe es zu, dass mindestens ein Angehöriger für das Militär tätig sei, sagte Vahram Soghomonyan von der Universität Marburg. Armenien definiere sich als militärische Schutz-



Flüchtlinge an der ungarisch-serbischen Grenze

© Gémes Sándor / SzomSzed CC BY-SA 3.0 / commons.wikimedia.org

macht für die Republik Berg-Karabach, die 1991 ihre Unabhängigkeit von Aserbaidschan erklärte. Fluchtbewegungen in den späten 1980-er Jahren sind vor allem durch die kriegerischen Auseinandersetzungen um dieses Gebiet zu erklären.

Korrupte Eliten

Heute gilt die Region als stabil, mit Ausnahme des immer wieder gewaltsamen Aufkeimens des Konfliktes an der Waffenstillstandslinie. Die Bevölkerung auf beiden Seiten sei von diesen Auseinandersetzungen zutiefst ermüdet; nicht aber die Eliten beider Länder. Das schaffe neues Konfliktpotential: Insbesondere zwischen der jungen Generation und einer korrupten Elite Armeniens herrsche ein anhaltender Wertekonflikt. Armenien sei für die Mehrheit der Menschen keine Demokratie, die aus ihrer Sicht jedoch die Voraussetzung für einen effektiven Friedensschluss wäre. Das Vertrauen in westliche Demokratien – vor allem in die EU – hierzu einen Beitrag zu leisten, schwinde allerdings zunehmend. Der Grund: Insbesondere Wahlfälschungen würden kaum thematisiert oder gar kritisiert.

Abwanderungsbewegungen aus Georgien lassen sich ebenfalls durch das Zusammenspiel von externen, auf das Land wirkenden Ursachen, und innergeorgischen Herausforderungen erklären. Wiederkehrende gewaltsame Auseinandersetzungen seit den 1990-er Jahren und der mit ihnen einhergehende Separatismus ließen ethnische Konflikte im Landesinneren immer wieder aufflammen. Das ließe sich anhand

des Auseinanderbrechens vieler Familien und der Tendenz festmachen, dass die ethnische Zugehörigkeit über die Liebe oder die Ehe gestellt würde, von denen früher viele Mischehen waren, so Mikheil Sarjverladze von der Universität Köln. Die Einflussnahme von außen, etwa durch Russland, verschärfe diese Entwicklungen. Russland versuche, diese schwelenden Konflikte als Hebel für die eigenen Interessen zu nutzen und könnte sie theoretisch jederzeit eskalieren lassen.

Krieg in Syrien


Die Krise der globalen Friedenssicherung und die Notwendigkeit eines umfassenden Verständnisses von Konfliktursachen sowie entsprechender Zusammenhänge wurden einmal mehr anhand des andauernden Krieges in Syrien deutlich. Eine Frage, die sich Bente Scheller von der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut stellt, ist, ob sich die internationale Staatengemeinschaft bewusst macht, welche Wirkungen ihre Handlungen oder die Unterlassung selbiger entfalten.

Es sei ein Irrtum gewesen, Diktatoren wie Assad als Stabilisatoren für ein Land zu begreifen. Diese Stabilität sei stets nur temporär. Auch die Strategie des „Raushaltens“ sei in Syrien keine Option, denn 90 Prozent der Zivilbevölkerung seien unbewaffnet, nicht Teil des Assad-Regimes oder der Rebellengruppen und benötigen Schutz. Mit der Präsidentschaftswahl in

den USA endet das Zeitfenster, um den Weg zur Beendigung dieser humanitären Katastrophe zu ebnen und einen entsprechenden Beschluss des UN-Sicherheitsrates herbeizuführen. Auch Russland sei sich dessen bewusst.



Bente Scheller: „Es war ein Irrtum, Diktator Assad als Stabilisator für Syrien zu begreifen.“

Es ist nachvollziehbar, dass man sich angesichts dieser komplexen Ursachenbündel nach Ansätzen für deren Behebung sehnt. Auch sie wurden innerhalb der Sommerakademie immer wieder diskutiert. So vielschichtig wie globale Konfliktursachen, so vielschichtig sind auch die Elemente einer entsprechenden Strategie zur Eindämmung von Fluchtursachen: Die Aufstockung der Welternährungshilfe, die Verbesserung der globalen Klimapolitik und das Hinterfragen globalen Konsums, der Zugang zu Wasser und die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft könnten einige von ihnen sein. Friedens- und Sicherheitspolitik müssen künftig strategischer, kleinteiliger und ressortübergreifender gedacht werden. 

Anja Opitz



Neue Zäune entstehen in Europa – hier an der Grenze zwischen Ungarn und Serbien.

© Bör Benedek / CC BY 2.0 / commons.wikimedia.org

Wie es geschafft werden kann

Voraussetzungen für eine gelungene Integration der Flüchtlinge

Konsequenzen der Einwanderung von Flüchtlingen für das innenpolitische Klima, die Wirtschaft, die Staatsfinanzen, die Europäische Union sowie für Arbeitsmarkt und Bildung

„WIR SCHAFFEN DAS!“ Dieser Satz von Bundeskanzlerin Merkel vom September 2015 wird sicherlich in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen. Nach anfänglicher überwiegend positiver Stimmung steht die Willkommenskultur auf der Kippe. In den Kommunen, Ländern und auf Bundesebene wachsen die Zweifel, ob und auf welche Weise wir den Flüchtlingsstrom bewältigen können.

Mit der These, dass Angst vor Flüchtlingen lediglich die zeitgenössische Variante des altbekannten Phänomens der Xenophobie sei, begab sich der Chefarzt der Klinik für Psychiatrie des Bezirksklinikums Mainkofen, Wolfgang Schreiber, zunächst auf die psychologische Erklärungsebene für den Umgang mit Fremden, speziell mit Flüchtlingen. Angst spiele in der Geschichte der Menschheit eine wesentliche Rolle, erläuterte Schreiber, sie habe immer einen rationalen Kern und sei daher kein rein pathologisches Phänomen, dennoch würden Ängste oftmals aus einem Bauchgefühl der Ungewissheit heraus geschürt und später in offene Xenophobie umgewandelt. Auswirkungen seien Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung – und dem sei nur durch Bildung ein Ende zu setzen.

Schreiber unterschied auch zwischen Vorurteilen und fundierten Urteilen. Zu glauben, alle Flüchtlinge würden Frauen sexuell so belästigen, wie es in der Kölner Silvesternacht der Fall war, sei allerdings schlichtweg falsch. Autoritätsgläubige, dogmatisch orientierte Charaktere oder aber stark abhängige Menschen weigerten sich oft Informationen, welche ihr persönliches Weltbild zerstörten, als real zu akzeptieren. Die Zugehörigkeit zu gleichgesinnten Gruppen fördere solche Gefühle.

Krisenkumulation

Der ehemalige Inhaber des Jean-Monnet Lehrstuhls der Universität Duisburg-Essen, Heinz-Jürgen Axt, hinterfragte die Standhaftigkeit der Europäischen Union: Nicht nur Regionalismen, autoritäre Neigungen und das Aufbegehren antieuropäischer Parteien reißen die EU auseinander, sondern auch makroökonomische Divergenzen. Hinzu kommen der Brexit und



Auf der Demonstration „Flüchtlinge willkommen! Nein zur Festung Europa!“ am 19. März 2016 in Wien

© Haeferl / Creative Commons 3.0

die Entwicklungen in der Türkei. Die EU sei mit einer Kumulation von Krisen konfrontiert, die noch durch die andauernde Flüchtlingskrise verschärft werde. Das Versprechen, mit dem Wegfall der Binnengrenzen die Außengrenze besser zu kontrollieren, habe man nicht einhalten können. Vielmehr sei der Eindruck entstanden, die EU habe ihre Steuerungsfähigkeit verloren.

Kompliziert für eine rationale Bewertung sei jedoch, so Axt, dass die EU ein Mehrebenen-System von Kompetenzen sei. So gelten einerseits rechtliche EU-Regelungen (Kontrolle an der Schengen-Grenze, Mindeststandards, Registrierung), andererseits würde die Anerkennung, Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen auf nationaler Ebene erfolgen. Bei der Zuordnung von Kompetenzen und Handlungsalternativen sei schon der informierte Bürger überfordert. Eine Demokratie funktioniere jedoch nur dann, wenn die Bürger wüssten, wer die Verantwortung habe.

Axt stellte fest, dass Angela Merkels Ansatz einer europäischen Lösung rasch an seine Grenzen gestoßen sei. Eine „gerechte“ Verteilung der Flüchtlinge habe nicht nur den Widerstand der östlichen EU-Mitgliedsländer provoziert. Man habe zwar mit dem Türkei-Abkommen einen wichtigen Schritt zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms durchsetzen können, aber genauso wichtig sei die Schließung der Balkanroute gewesen. „Die Politik kritisiert diesen Schritt, ist aber eigentlich erleichtert“, so Axt. So frustrierend dies auch scheine, eine gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik bleibe weiterhin eine Illusion, da die Mitgliedsstaaten zu einer vollen nationalen Kompetenzabgabe in diesem Bereich nicht bereit seien.

Horst Holzberger, der 39 Jahre bei Ford gearbeitet hat und zuletzt dort im Betriebsrat für Bildungsarbeit zuständig war, berichtete, wie in diesem Unternehmen „Diversity“ gelebt wird. Im Kölner Werk würden von 665 Auszubildenden eines Jahrgangs 98 (ca. 15 Prozent) aus 17 verschiedenen Nationen stammen. Der Anteil der deutschen Jugendlichen mit Migrationshintergrund liege bei etwa 44 Prozent. Holzberger sagte, dass die deutsche Sprachkompetenz über eine erfolgreiche Integration entscheide. Gleichzeitig sei der gegenseitige Respekt vor der anderen Kultur notwendig.


Zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise leistete das Handwerk jedoch wesentlich mehr als die Großunternehmen, so Serkan Egin und Christoph Karmann. Sie sind bei der Handwerkskammer für



Die frühere rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke im Gespräch mit Flüchtlingen in Ausbildung in einem Autohaus.

© Martin Goldhahn / view / flickr / CC BY-NC 2.0

München und Oberbayern und organisieren Berufs- und Ausbildungsmessen, auf denen sie Flüchtlinge und Betriebe zusammenbringen. Der Bedarf sei steigend, nicht nur wegen der hohen Zahl an Flüchtlingen, sondern weil die Betriebe immer mehr junge Arbeitskräfte benötigten. Sie seien bereit, viel zu investieren, doch müsse dann auch eine Bleibeperspektive zumindest über einen gewissen Zeitraum gewährleistet sein.


Der Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg, Ulrich Walwei, zeigte, dass sich in Deutschland das Erwerbspersonenpotenzial von 2010 bis 2050 von 45 auf etwas über 20 Millionen Beschäftigte reduzieren wird. Dies werde gesamtwirtschaftlich negative Auswirkungen haben, wenn man nicht gegensteuere. Migration sei langfristig der stärkste Hebel zur Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots. Zuwanderung sei allerdings nur erfolgreich, wenn die Aufnahmeländer in Integrationsmaßnahmen investierten. Walwei sagte kurzfristig hohe Kosten der Fluchtmigration und einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote voraus. Ernüchternd sei, dass Flüchtlinge zwar eher jung seien, unter ihnen aber nur wenige überhaupt einen qualifizierten Abschluss besäßen. Langfristig sei aber ein Anstieg des Sozialprodukts zu erwarten. Sollten Integrationsbemühungen und die hohe Motivation der jungen Flüchtlinge anhalten, habe die aktuelle Krise auch positive Auswirkungen auf die Wirtschaft. Was jetzt dringend benötigt würde, sei ein schlüssiges Einwanderungskonzept, das sich allerdings am Bedarf der Gesellschaft orientiere. 

Wolfgang Quaisser
Isabella Zimmer



Akademie tritt dem Wertebündnis Bayern bei

DEMOKRATIE, Teamgeist, Verantwortung – welche Werte zählen? Junge Menschen über Wertefragen zum Nachdenken anregen, mit ihnen diskutieren und sie zum Handeln ermuntern – das will das „Wertebündnis Bayern. Gemeinsam stark für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.“ Diesen Grundsätzen fühlt sich auch unsere Akademie verpflichtet. Deshalb ist sie im September 2016 dem Wertebündnis Bayern beigetreten.

Das bundesweit einmalige Bündnis hat sich seit seiner Gründung im März 2010 zu einem Erfolgsmodell entwickelt, um Werteorientierung und Wertebildung bei jungen Menschen zu fördern. Das gelingt dem Wertebündnis Bayern vor allem über die derzeit neun bayernweiten Gemeinschaftsprojekte. 



Mehr dazu im Netz:
<https://www.wertebuendnis-bayern.de/>

Alte Irrtümer – neue Wahrheiten

Aktuelle und historische Fragen nach Migration und Integration behandelte die Sommerakademie.

DER ANARCHIST LUIS NICOLAU hatte 1921 den spanischen Ministerpräsidenten Dato ermordet und war anschließend nach Deutschland geflohen, wo er kurz darauf festgenommen wurde. Die spanischen Behörden stellten daraufhin einen Auslieferungsantrag, dem das Deutsche Reich mit der Auflage nachkam, dass gegen Nicolau nicht die Todesstrafe verhängt werden dürfe. Dennoch verurteilte ihn das spanische Gericht 1923 zum Tode, erst 1924 wurde eine lebenslängliche Zuchthausstrafe angeordnet. Diese Ereignisse befeuerten die deutsche Debatte um ein Auslieferungsgesetz. Als dieses schließlich 1929 erlassen wurde, fand sich im Gesetz ein Auslieferungsverbot bei politischen Straftaten. Damit wurde erstmals auch formell ein Auslieferungsasyl geschaffen, das den Betroffenen einen gewissen Schutz bot.

40 Millionen Migranten weltweit

In unserer Sommerakademie „Alte Irrtümer – Neue Wahrheiten. Zur Geschichte von Flucht, Vertreibung und Migration“ wurde die aktuelle Debatte um den Zustrom von Geflüchteten seit September vergangenen Jahres aufgegriffen und versucht, aus der Geschichte Antworten auf aktuelle Fragen abzuleiten: Wie außergewöhnlich war das, was wir in den vergangenen Monaten erlebten? Jochen Oltmer (Universität Osnabrück) verdeutlichte, dass Migrationsbewegungen ein ganz normaler Teil der Geschichte sind. Zwischen 1960 und heute habe es, so Oltmer, trotz der aktuellen Flüchtlingswelle kaum Veränderungen bei der weltweiten Migration gegeben. In der Regel würden sich etwa 0,6 Prozent der Weltbevölkerung auf zwischenstaatlichen Wanderungen befinden – das sind etwa 40 Millionen Menschen. Dies stelle letztlich eine verhältnismäßig kleine Zahl dar.

Seit den 1890er Jahren wurden ausländische, vor allem italienische und polnische Arbeitnehmer angeworben, um der Arbeitskräfteknappheit in Industrie und Landwirtschaft zu begegnen. 1899 plante das russische Reich sogar die Schließung seiner Grenzen angesichts der aggressiven deutschen Anwerber für Arbeits-



Die Folgen des globalen Klimawandels sind häufig Ursache von Migration in Afrika – hier somalische Flüchtlinge.

© Andy Hall / Oxfam – wikipedia CC BY 2.0

kräfte. Während des Nationalsozialismus wurde die Anwerbung schließlich pervertiert, so Andreas Heuser vom Stadtarchiv München. 13 Millionen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter mussten in deutschen Fabriken und in der Landwirtschaft unter menschenunwürdigen Bedingungen schuften. 1944 war jeder vierte Beschäftigte, in der Landwirtschaft sogar jeder zweite ausländischer Herkunft.

Geschlossene Grenzen keine Lösung

Es wird aktuell debattiert, ob die Schließung von Grenzen Einwanderung begrenzen könne. Dem hielt Akademiedozent Michael Mayer entgegen, dass die Beispiele Bundesrepublik, Großbritannien und USA belegen würden, dass die Schließung von Grenzen vielmehr zu Masseneinwanderung führe. Arbeitsmigranten, die



normalerweise nach einiger Zeit in ihre Heimat zurückkehren würden, verblieben bei geschlossenen Grenzen im Gastland, da eine erneute Einwanderung für sie nicht möglich sei. Sie fühlten sich somit gezwungen, sich für längere Zeit im Aufnahmeland einzurichten, weshalb sie ihre Familien zu sich holen würden: In Großbritannien etwa wanderten 80 Prozent der ehemaligen Kolonialangehörigen erst nach der Grenzschließung 1962 über den Familiennachzug ein. Bei offenen Grenzen lag die Arbeitsmigration bei etwa 20.000 Personen jährlich, bei geschlossenen Grenzen betrug die Einwanderungsquote über den Familiennachzug hingegen 30.000 bis 50.000.

In der Öffentlichkeit ist derzeit davon die Rede, man müsse die Fluchtursachen bekämpfen, um Migrationsströme zu begrenzen. Doch ist dies überhaupt möglich? Agnes Bresselau von Bressensdorf vom Münchner Institut für Zeitgeschichte untersuchte hierzu die westdeutsche Flüchtlingspolitik in den 1980er Jahren. Dabei schloss sie aus dem Beispiel des Afghanistankriegs 1979 bis 1989, dass die Bundesrepublik zwar bemüht war, humanitäre Hilfe in Flüchtlingslagern im benachbarten Pakistan zu leisten. Andererseits aber wurden die islamistischen Kämpfer, die in Afghanistan gegen die sowjetischen Besatzungstruppen kämpften, von der Bundesrepublik auch indirekt unterstützt. Damit widersprach das politische Ziel Westdeutschlands, die Sowjetunion in Afghanistan in Bedrängnis zu bringen, dem gleichfalls verfolgten Ansatz, die humanitäre Katastrophe in der Region zu lindern.

Integration durch Bildung

Wie kann eine sinnvolle Integration von Migranten aussehen? Kriminalhauptkommissarin Döndü Dede, ehemalige Migrationsbeauftragte für Westhessen und erste Polizistin mit Migrationshintergrund in Hessen, berichtete, dass bei ihrer Ankunft in der Bundesrepublik 1977 keinerlei Integrationsmaßnahmen existierten. Ihr beruflicher Erfolg sei darauf zurückzuführen, dass sich hilfsbereite deutsche Nachbarn und Lehrer fanden, die sie unterstützten. Heute sei jedoch die Polizei in Hessen anders aufgestellt und suche intensiv den Kontakt mit Migranten. Als muslimische Polizistin könne sie dabei insbesondere auch in Moscheen den Dialog zwischen den deutschen Behörden und den muslimischen Gläubigen fördern, ohne als ausländerfeindlich angesehen werden zu können.



Döndü Dede war erste Polizistin mit Migrationshintergrund in Hessen.

© Zimmer



Der Grenzzaun zwischen Ungarn und Serbien

© Délmagyarország / Schmidt Andrea / wikimedia CC BY-SA 3.0


Can Aybek von der Hochschule Bremen betonte zudem, dass zwar Jugendliche aus Arbeiterfamilien weniger Erfolge im Bildungsbereich erzielten. Doch würde die soziale Herkunft die Unterschiede in schulischer und beruflicher Bildung besser erklären als die ethnische Herkunft. Vor allem in den Schulen hätten Kinder von „Gastarbeitern“ aber unter massiver Benachteiligung gelitten. So habe man teilweise „Nationalklassen“ – etwa aus Kindern türkischer Herkunft – gebildet, die getrennt von deutschen Schülern unterrichtet wurden. Von diesen hätte nur ein sehr geringer Anteil die Hochschulreife erreicht.

Sonja Klinker aus der Hessischen Staatskanzlei ergänzte – basierend auf einer von ihr durchgeführten Studie zu maghrebinischen Einwandern in Frankreich und türkischen Einwanderern in die Bundesrepublik –, dass die Bildungsorientierung der Eltern eine große

Hilfe für Migrantenkinder gewesen sei und es so im Einzelfall gelang, trotz der Benachteiligung eine höhere Schulbildung zu absolvieren. Die bessere Integration der Migranten in Frankreich hätte dabei vor allem damit zu tun, dass sich Frankreich als Einwanderungsland verstehe und durch seine Einbürgerungspolitik den Ankommenen das Gefühl vermittele, im Lande erwünscht zu sein. In



Sonja Klinker: „Mit Hilfe der Eltern kann trotz der Benachteiligungen für Migrantenkinder eine höhere Schulbildung erreicht werden.“

Deutschland hingegen würden sich Migranten auch der zweiten Generation noch vielfach als Fremde in der Heimat fühlen. Somit könnte vielleicht die vielgepriesene Willkommenskultur des neuen Deutschland langfristig zum wichtigsten Motor einer erfolgreichen Integration werden. Dies wäre den Geflüchteten und der aufnehmenden Gesellschaft zu wünschen. 

Michael Mayer

Besser ankommen

Politische Bildung für junge Geflüchtete

Wie funktioniert Integration? Dieser Frage geht die Akademie nicht erst seit dem Sommer 2015 in vielen unterschiedlichen Veranstaltungen nach.

EIN NEUES FORMAT zu diesem Thema entstand nun in Kooperation mit der Roland-Berger-Stiftung. Die betreut unbegleitete minderjährige und junge Flüchtlinge in zwei Wohnheimen in Ingolstadt. Für diese Jugendlichen organisiert die Akademie Wochenendseminare, um mit ihnen die Grundlagen unseres politischen Systems und unseres Zusammenlebens zu erarbeiten.

Was ist wirklich wichtig? Welche Regeln, Prozesse und Werte sollte jemand kennen, der neu zu uns kommt, um unsere Lebenswelt verstehen und vielleicht sogar mitgestalten zu können? Schon die Thementauswahl für die Veranstaltung war eine Herausforderung. Dazu kam die Frage, wie abstrakte Konzepte in möglichst einfacher Sprache anschaulich erklärt werden können. Welche Methoden eignen sich, wenn Texte und Vorträge aufgrund der Sprache wenig hilfreich sind? Und wie vermittelt man zwischen den Vorkenntnissen und Interessen eines jungen Mannes, der bereits nach kürzester Zeit in Deutschland auf das Gymnasium wechseln konnte und einem Gleichaltrigen, der in seinem Heimatland nur zwei Jahre zur Schule gehen durfte? Keine leichte Aufgabe, aber eine sehr spannende!

Zusammen mit Türkiz Talay und Tim Armbruster, die als Referenten für das „Netzwerk Verstärker“ der Bundeszentrale für politische Bildung Seminare für bildungsbenachteiligte Jugendliche anbieten, und den Verantwortlichen der Roland-Berger-Stiftung, entwickelten wir ein gemeinsames Programm. Die Veranstaltungsserie begann im Sommer 2016 und wird fortgesetzt.

Grundrechte hier und dort

Die 12 jungen Männer lernten Grundzüge der deutschen Geschichte kennen, die zum Entstehen der Bundesrepublik geführt hatten und erarbeiteten sich darauf aufbauend die Bedeutung unseres Grundgesetzes, insbesondere der Grundrechte. Sie diskutierten den Unterschied in Bezug auf die praktische Umsetzung und Einhaltung dieser Rechte zwischen ihren Herkunftsländern, in denen oft ebenfalls Grundrechte in der Verfassung stehen, und Deutschland. Als es um den Föderalismus ging, zeigte sich schnell, wie

viel die meisten bereits über Deutschland wussten. Anders sah es hingegen beim Thema politisches System und Gewaltenteilung aus. Die Verfassungsorgane, ihre Zusammensetzung und unterschiedlichen Aufgaben zu erarbeiten war anspruchsvoll und mühsam. Die Frage, wie Angela Merkel Kanzlerin wurde und was sie alles bestimmen darf, interessierte die Jungen aber so, dass sie sich dabei sehr anstrengten. Leichter wurde es, als wir uns mit Möglichkeiten der Partizipation beschäftigten und zum Beispiel unterschiedliche Interessengruppen und NGOs kennenlernten. Während des gesamten Wochenendes arbeiteten die jungen Männer außerdem an einem kleinen Film, mit dem sie das Gelernte dokumentierten.

Als Lehrerin war die Situation für mich natürlich nichts grundsätzlich Neues. Einer Gruppe junger Menschen etwas beibringen zu wollen, ist ja meine Hauptbeschäftigung. Neu waren die Herausforderungen, die die Sprachbarriere, die extreme Heterogenität und das fehlende Vorwissen mit sich brachten. Für uns ist vieles so selbstverständlich. Dass man einen Polizisten ansprechen und um Hilfe bitten kann, es aber tunlichst vermeiden sollte, ihm Geld in die Hand zu drücken, ist in anderen Ländern nun mal nicht unbedingt der Fall. Und dass „im Grunde geht es um ...“ anscheinend eine meiner Lieblingsformulierungen ist, merkte ich erst, als mich ein Teilnehmer fragte: „Was ist dieser Grunde, von dem Sie immer reden?“ Neu waren für mich aber auch die hohe Motivation der Jugendlichen und die Bereitschaft, sich das ganze Wochenende über dermaßen anzustrengen. Meinen deutschen Schülerinnen und Schülern hätte ich dieses Programm nicht zumuten können. Und neu war auch der Inhalt der vielen Geschichten: vom Alltagsleben in Afghanistan, Eritrea, Gambia, Pakistan und Syrien, von Gewalt und Verlust und Verzweiflung, von überwältigender Hilfsbereitschaft Fremder und von Beschimpfungen auf Ingolstädter Parkbänken. An diesem Wochenende habe ich genauso viel gelernt wie die Jungs.



Föderalismus zum Anfassen
© APB-Archiv

Barbara Weishaupt

Filmgespräch am See

Fremde im Film

Unterschiedliche Zugänge zu einem vielschichtigen Thema.

IN EINER ZEIT, in der die Fremdenfeindlichkeit zunimmt, hat der junge Regisseur Matthias Koßmehl einen Dokumentarfilm über ein ausgemustertes Ausflugshotel („Café Waldluft“) in den bayerischen Bergen gedreht. Wo früher Busse Touristen aus aller Welt absetzten, leben heute Flüchtlinge aus aller Herren Länder unter einem Dach. Inmitten des Postkartenpanoramas versuchen sie sich an einem Leben fernab von Krieg und Konflikt und stellen fest, dass ihnen der Zugang zur neuen Heimat oft genug verwehrt bleibt. So wählte Koßmehl seinen Zugang zum Thema des diesjährigen Filmgesprächs am See*: Fremde im Film. Moderiert wurde die Runde von der Filmjournalistin und -kritikerin Kirsten Martins vom Bayerischen Rundfunk.

Gesprengte Konventionen

Ganz anders ging die Schauspielerin und Regisseurin Nicolette Krebitz mit ihrem Spielfilm „Wild“ an das Thema heran: Eine junge Frau fängt einen Wolf, um die eigenen Fesseln der zahmen Zivilisation zu sprengen. In ihrer Hochhauswohnung sperrt sie den Wolf ein. Mit ihm in ihrem Leben setzt sie sich zunehmend über gesellschaftliche Grenzen und Zwänge hinweg: „Sie hat das Fremde in sich entdeckt. Sie entfernt sich aus allen Konventionen“, sagte Krebitz über ihren Film. Entstanden sei die Idee dazu aus einem Traum.

Ein ungewöhnliches und fremdes Format fand der Schauspieler und Regisseur Sebastian Schipper mit seinem auf der Berlinale 2015 mit sechs goldenen Lolas ausgezeichneten Spielfilm „Victoria“. Er besteht aus einer einzigen 140-minütigen Kameraeinstellung. In drei Nächten wurden drei Versionen am Stück gedreht. Es gab kein Drehbuch, nur ein 12-seitiges Treatment. Eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Die dritte Version wurde schließlich genommen und nicht mehr geschnitten. Ein irrsinniges Experiment, aus dem ein fantastischer Film wurde. Schipper selbst beschrieb sein Projekt als „ohne Vorbild, hirnrissig und tollkühn“. Aber der Film wäre für ihn auch ohne den Erfolg „ein abgefahrenes Erlebnis gewesen.“ Fremde Formate heißt für ihn, „mal eine neue Speise auf die Menükarte des Kinos bringen.“



Die Regisseure Sebastian Schipper, Nicolette Krebitz und Matthias Koßmehl (v. l.) machten sich beim Filmgespräch am See Gedanken über „Fremde im Film.“

© Haas

Nicolette Krebitz, die ihren Film mit zwei ungezähnten Wölfen drehte (unter Aufsicht eines Tiertrainers), meint: „Das Wilde in einem kann selbst für andere anziehend wirken.“ Oder eben doch befremdlich, wenn nicht sogar beängstigend. Schipper ergänzte: „Kino agiert mit Angst. Und wenn man einen Menschen nur lange genug betrachtet, entdeckt man den Freak, den Außenseiter in ihm.“ Dass diese Themen gerade im Kino gut funktionieren, hängt nach Ansicht Schippers damit zusammen, dass dieses seine Stärke aus der Begegnung mit Angst, Dunkelheit und Unbekanntem speist.

Angst und Dunkelheit

Alle drei Filmemacher waren sich einig: Gerade in diesen aufregenden Zeiten müssen Filme auch aktuelle politische Themen und Debatten aufgreifen. Dokumentationen sowieso, aber auch Spielfilme. Für Nicolette Krebitz ist es dabei schwer, an der Aktualität dieser schnelllebigen Zeit dran zu bleiben, denn Film ist ja bekanntlich ein sehr langsames Medium. Matthias Koßmehl betonte die Bedeutung einer politischen Haltung: „Ich muss wissen, warum ich genau diesen Film machen will.“ Schipper sagte: „Du brauchst eine Einstellung zum Thema – die Finanzierung ist nicht das Wichtigste. Der Stoff zum Film muss zu Dir kommen.“

Michael Schröder

Die Aufzeichnung des Filmgesprächs ist in der Mediathek bei ARD-alpha unter der Rubrik „Denkzeit“ abrufbar.

* In Zusammenarbeit mit dem Fünf-Seen-Filmfestival Starnberg

Visionen für Europa – die Krise als Chance begreifen

Europa ist in einer schlechten Verfassung. Die Fliehkräfte im Bündnis nehmen zu.

EROSIONSERSCHEINUNGEN des Einigungsprozesses sind unübersehbar: der Brexit, die Forderung des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn, Ungarn aus der EU auszuschließen, die antidemokratischen Vorgänge in Polen und Ungarn, zunehmender Rechtsextremismus und –populismus in vielen Ländern. Die Liste wäre noch verlängerbar. Wie geht es weiter mit Europa?*



© STUTTMANN

„Europa leidet an einem Multiorganversagen“, sagte der Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Eckart Stratenschulte. Er sieht derzeit keinen gemeinsamen Willen, die vielfältigen anstehenden Probleme gemeinsam zu lösen. Er diagnostiziert eine weitgehende Paralyse der EU: „Offenbar wissen wir nicht mehr, was wir nach 60 Jahren Erfolgsgeschichte der europäischen Einheit und Friedenssicherung miteinander anfangen sollen. Die großen Probleme der Nachkriegszeit sind in den Augen vieler Bürger vermeintlich gelöst.“ Auf der anderen Seite könne das Wohlstandsversprechen oft nicht mehr eingelöst werden: „Manche haben das Gefühl, dass es ihnen wegen der EU schlechter geht.“ Mit dem Euro sei eine Fahrt bei schönem Wetter versprochen worden, aber als es anfang zu regnen, wollten viele wieder aussteigen aus dem gemeinsamen Zug und wieder zurückfahren.

Kern-Europa als Lösung

Stratenschulte sieht eine EU „der konzentrischen Kreise“ als Lösung der Zukunft: „Wir brauchen ein Kern-Europa mit Partnern, die was Gemeinsames wollen.“ Deswegen sieht er



Eckart Stratenschulte sieht eine EU „der konzentrischen Kreise“ als Lösung der Zukunft.

© Schröder

auch den Brexit eher als Chance: „Besser sind Partner, die kooperieren, als die, die ständig auf der Bremse stehen.“

Mit dem Brexit beschäftigte sich auch Akademiedirektorin Ursula Münch. Für sie ist das britische Referendum ein Ausdruck des Aufstands Englands gegen London. Angesichts der Grundsätze der britischen Parlamentsouveränität wundert sie sich, dass es überhaupt so lange gut ging mit Großbritannien in der EU: „Das Common Law passt nicht zur EU, in der das europäische Recht Vorrang hat.“ Am Beispiel der Forschungspolitik verdeutlichte Münch die Folgen des Brexit. Mit 4,9 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2014 war das Vereinigte Königreich drittgrößter Nettozahler der EU. Wenn jetzt diese Beiträge wegfallen, bedeute das unweigerlich Mehrbelastungen der anderen Nettozahler oder Einsparungen und Kürzungen.

Innerhalb der EU würden sich die politischen Gewichte verschieben und das Stimmengewicht Deutschlands und anderer stärker werden. Die skandinavische Staatengruppe habe ein zentrales Interesse am Freihand-

* Tagung in München in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, der Europäischen Akademie Bayern und dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

del und Abbau von Handelshemmnissen und verliere mit Großbritannien einen Verbündeten. Polen büßt einen wichtigen Mitstreiter unter den Nicht-Euro-Staaten ein. Diese Länder verlieren an Gewicht: nach dem Brexit werden sie nur noch 14 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung erbringen.

Auf der anderen Seite verliert die südliche Staaten-Gruppe einen Gegner bezüglich der Abmilderung des EU-Stabilitätspakts und der Regeln für Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung. Sie hoffen nun auf mehr EU-Programme z.B. für die Bekämpfung der Jugend- arbeitslosigkeit.

Gewichtsverschiebungen

Münch sieht schwierige und langwierige Austrittsverhandlungen auf die Briten und die EU zukommen. Sie müssen mit allen Mitgliedsländern und auch anderen Handelspartnern der EU geführt werden. Die Liste der offenen Fragen sei lang und noch vieles ungeklärt.



Ursula Münch erwartet schwierige und langwierige Austrittsverhandlungen mit den Briten.

© APB-Archiv

Mit dem Norwegen-Modell ist Großbritannien politisch nicht mehr dabei, aber ökonomisch. Am Zustandekommen der Regeln werde es dann nicht mehr beteiligt, umgesetzt werden müssen sie trotzdem. Auch zukünftig werde in sämtliche EU-Fonds eingezahlt, deren Programme man nutzen wolle. Billig werde das nicht: Gemessen am Beitrag je Einwohner ist Norwegen derzeit ein größerer Nettozahler als Großbritannien oder Frankreich.

Das Schweizer Modell bedeutet Freihandel bei allen Waren außer Agrargütern – aber unter Berücksichtigung der EU-Regeln. Die Wirtschaftsbeziehungen sind in über 120 Abkommen geregelt. Und auch die Schweiz zahle an die EU, u.a. für Projekte zur „Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU“. Ebenso sei die Einbindung in den Europäischen Forschungsraum an eine finanzielle Beteiligung gebunden. Und wenn Großbritannien weiter Zugang zum Sektor Finanzdienstleistungen wolle, sei das an die Bereitschaft gekoppelt, alle relevanten EU-Regulierungen zu übernehmen.

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet befürchtet keinen Dominoeffekt durch den Brexit. Die sich jetzt abzeichnenden komplizierten und langwierigen Verhandlungen und der Schreck über die Folgen lasse mögliche Nachahmer zögern. Die Politikwissenschaftlerin von der Universität Würzburg sieht allerdings fallende Zustimmung und steigende Skepsis gegenüber der europäischen Integration und den EU-Institutionen. Schuld seien auch die nationalen Regierungen: „Wenn etwas gut läuft, waren wir es. Wenn etwas schiefgeht, war es die EU.“ Dieses „Schwarze-Peter-Spiel“ gebe es seit Jahren. Die Wirkung bleibe nicht aus. Rechtspopulismus und -extremismus seien in vielen Ländern auf dem Vormarsch: „Diese Infektionskrankheit breitet sich aus.“ Populismus, Nationalismus und Autoritarismus hätten neuerdings wieder Konjunktur in Europa.



Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: „Die Staaten Europas müssen kooperieren, wenn sie noch eine Stimme in der Welt haben wollen.“

© Schröder

Die Staaten Europas müssten aber kooperieren, wenn sie noch eine Stimme in der Welt haben wollen. Welthandel, Klimaschutz und Sicherung des Friedens – all das sei nur gemeinsam, nicht im Alleingang erreichbar. Wohlstand sei nur durch einen funktionierenden Binnenmarkt zu sichern. „Wir haben keine Wahl. Zu einem einigen Europa gibt es keine Alternative.“

Vertiefende Arbeitsgruppen zu Themen wie Fluchtursachen, TTIP, das Verhältnis zu Russland und der Ukraine und den transatlantischen Beziehungen rundeten das Programm ab.



Michael Schröder



© MICK BAKER/ROOSTER (CC BY-ND 2.0)

Europäische Einheit braucht wirtschaftliche Konvergenz

In der EU sind Auflösungserscheinungen zu beobachten. Ist in Zukunft mehr Konvergenz oder Divergenz in Europa zu erwarten?

NICHT DIE POLITISCHE UNION oder die Verteidigungsgemeinschaft standen nach dem Zweiten Weltkrieg am Anfang der europäischen Einigung, sondern die wirtschaftliche Integration. Der freie Austausch von Waren, später auch von Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften, – so die These – fördert den wirtschaftlichen Wohlstand auch von ärmeren Ländern und Regionen. Lange war ein Konvergenzprozess feststellbar, doch nach der Finanz- und Schuldenkrise kehrte er sich in das Gegenteil.

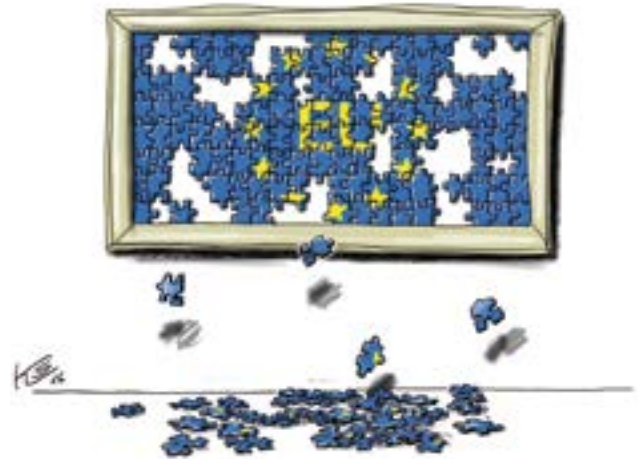
Der Wirtschaftshistoriker Harold James (Princeton) sieht das Votum der Briten für einen EU-Austritt als logische Konsequenz der britischen Inselmentalität sowie eines lange gepflegten Misstrauens gegenüber den eigenen und erst recht den europäischen politischen Eliten. Dass auch die Ermahnungen aus Kultur, Sport oder Wirtschaft für einen Verbleib in der EU wenig Gehör fanden, führt James darauf zurück, dass sich die EU-Befürworter „nur darin einig sind, dass es keinen Brexit geben soll – aber nicht wissen, wie man die EU, Europa und seine Wirtschaft ausgestaltet“. Überzeugt hätten sie damit offenbar nur wenige.



Harold James: „Der Brexit-Schock bietet für den Rest der EU auch Chancen.“

„Ideen-Union“ nötig

Der „Brexit-Schock“ biete jedoch – so James – für den Rest der EU auch Chancen, die EU effizienter zu organisieren. Während allen voran Frankreich und Italien stärker staatliche Interventionen forderten, bestehe Deutschland auf dem Haftungsprinzip mit wenig staatlichen Eingriffen. Um die Krise im Euro-Raum dauerhaft zu überwinden, müsste man die unterschiedlichen Philosophien vor allem zwischen Deutschland und den EU-Südländern stärker zusammenführen. Eine „Ideen-Union“ sei notwendig. Zudem müsste über eine Fiskalunion nachgedacht werden. Sie sollte aber nicht in einer Transferunion münden, sondern die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen ermöglichen.



© STUTTMANN

Länder könnten auf sehr unterschiedlichen Wegen erfolgreich sein. Homogenität sei für Konvergenz nicht nötig, sagte Michael Grömling vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Eine vollständige sozial-ökonomische Angleichung sei wenig wahrscheinlich (siehe Ostdeutschland), doch eine gewisse Konvergenz sei möglich und zu erwarten. Die deutsche Leistungsbilanz (Saldo im Handel von Waren und Dienstleistungen) weise seit der Jahrtausendwende einen wachsenden Überschuss auf, der von den EU-Südländern kritisiert werde. Grömling hielt dagegen. So sei die positive deutsche Handelsbilanz vor allem auf die Überschüsse mit Schwellenländern zurückzuführen, getrieben durch einen starken Investitionsboom. Die traditionell starke deutsche Investitionsgüterindustrie könne eben diese Nachfrage gut decken.

Typen europäischer Wirtschaftskulturen

Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen von der Universität Bielefeld stellte ein Typenmodell europäischer Wirtschaftskulturen vor. Ein Streitbares, wie er selbst betonte: Rheinischer Kapitalismus, Anglo-Kapitalismus, Osteuropäischer Transformationsraum, Mediterraner Kapitalismus sowie Griechenland und der Balkan bilden demnach ein europäisches Wirtschaftssystem, das Einheit in Vielfalt sucht, indem es die Wettbewerbsvorteile der einzelnen Staaten nutzt. Es wäre deshalb ein Fehler, so Abelshausen, die Wirtschafts- und Währungspolitik zu vereinheitlichen. Er plädierte zwar für ein festes Wechselkursregime allerdings mit der Möglichkeit von periodischen Anpassun-



Werner Abelshausen stellte Typen europäischer Wirtschaftskulturen vor.

gen. Letztlich liefe dies auf die Wiedereinführung des Europäischen Währungssystem (EWS) hinaus, wie es vor der Einführung des Euros schon existierte.

Dass die weltweiten Wanderungsbewegungen immens sind, aber bei weitem nicht so groß wie von den Einheimischen befürchtet oder von den Abwanderungswilligen erwünscht, war Thema von Gabriel Felbermayr, dem Leiter des Zentrums für Außenwirtschaft und Migration beim Ifo-Institut. Man sollte in Deutschland nicht vergessen, dass Migration zirkuliert und meist in geographischer und kultureller Nähe stattfindet. Neben den klassischen Einwanderungsländern USA, Russland, Großbritannien und Kanada sind nun ebenso attraktiv Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Italien und Spanien. Außerdem gibt es Auswanderung: Jährlich verlassen etwa 150.000 meist hochqualifizierte deutsche Arbeitnehmer die Bundesrepublik.

Konsequenz Diskriminierung

Die Mehrheit aller Einwanderer, die aus Entwicklungs- oder Krisenländern nach Deutschland kämen, würde im Niedriglohnsegment arbeiten, so Felbermayr. Das Sozialsystem unterstütze indes die Einkommen der sozial Schwachen, was Deutschland, Frankreich und Skandinavien attraktiv für geringqualifizierte Zuwanderer mache, jedoch den Wohlfahrtsstaat belaste. Hochqualifizierte wiederum zieht es dahin, wo Gehälter exorbitant hoch sein können: nach Großbritannien, in die USA, in die Schweiz. Die Konsequenz für Felbermayr lautet Diskriminierung: „Man diskriminiert entweder im Inland und lässt zur Entlastung des Sozialstaats zu, dass Migranten auf Zeit keinen Mindestlohn verdienen. Oder man diskriminiert das Ausland, indem man die Einwanderung beschränkt und das Elend anderswo zulässt.“



Gabriel Felbermayr: „Entwickelte Sozialstaaten locken geringqualifizierte Zuwanderer an.“
© Haas



Michael Dauderstädt: „Mehr Konvergenz zwischen Staaten und weniger zwischen Regionen.“


Michael Dauderstädt, früherer Leiter der Analyseabteilung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, zeigte auf, dass in Europa seit 1999 sozial-ökonomische Konvergenz zwischen Mitgliedsstaaten und weniger zwi-

schen den Regionen festzustellen sei. Vor allem die neuen EU-Mitgliedsländer Ostmitteleuropas hätten aufgeholt, Südeuropa jedoch nur bis vor der Krise und danach sei es abgefallen. Nur wenig könne seitens der EU für die Konvergenzförderung getan werden – so Dauderstädt. Umgekehrt sei es entscheidend, alles zu vermeiden, was „schlechte Wirtschaftspolitik“ (Bürokratie, Klientelismus, Korruption) begünstige.

Heinz-Jürgen Axt, ehemals Universität Duisburg-Essen, konnte nur wenig positive Effekte bei der EU-Strukturpolitik erkennen. Eine Reform müsste eine Konzentration der EU-Gelder auf bedürftige Staaten und auf wachstumsfördernde Projekte zum Ziel haben. Axt beschrieb am Beispiel Griechenlands wie die EU-Strukturpolitik in die falsche Richtung laufe: „Fördergelder werden per Gießkannenprinzip verteilt. Es gibt keine geregelte Struktur.“ Der Wirtschaftsberater Jens Bastian, einst Mitglied der EU-Task-Force für Griechenland, gab Einblicke in den schwierigen Lebensalltag in Griechenland. Das Land stecke seit sieben Jahren in der Rezession und habe eine offizielle Arbeitslosenquote von 24 Prozent. Vor allem junge Menschen verließen in Scharen das Land.

Populismus in Europa

Auch die zunehmende politische Divergenz in Europa war Thema der Tagung. Ausgangspunkt sei die Krise der etablierten Parteien, die immer mehr an Bindungskraft für einst traditionelle Milieus verlören – so der frühere Akademiedirektor Heinrich Oberreuter. Zunehmend werde ihre Problemlösungskompetenz vor allem dann in Frage gestellt, wenn die vermeintlich alternativlose Politik neue Krisen provoziere, die kaum mehr kontrollierbar erschienen.

Die wachsenden links- und rechtspopulistischen Strömungen würden vielfach nicht gewählt, weil man ihnen zutraue, solche Krisen zu bewältigen, sondern aus Protest – so Heinz-Jürgen Axt. Dies erkläre auch, warum deren Reservoir sich stark aus früheren Nicht-Wählern rekrutiere. Der Journalist Sebastian Schoepp von der Süddeutschen Zeitung erklärte, dass der Linkspopulismus in Südeuropa auch als Reaktion auf den „mediterranen Kapitalismus“ zu erklären sei. Dieser könne als ein tributäres System mit patriarchischen Unternehmern bezeichnet werden, welches es für diese Staaten schwierig mache, sich an die heutige Globalisierung anzupassen. So bleibe die Zukunft der EU und vor allem die ihrer schwächsten Mitglieder ungewiss. 

Sebastian Haas / Marie-Sophie Platzer
Wolfgang Quaisser / Isabella Zimmer

(siehe *Medienspiegel* Seite 29)

Einige der auf der Tagung präsentierten Vorträge sind im ifo-Schnelldienst Nr. 17/2016 vom 15. September 2016 veröffentlicht worden.

Akademiegespräch am See

Freiheitsrechte im Fadenkreuz

Über die Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie in Ungarn

DIE REPUBLIK UNGARN unter der Regierung Victor Orbáns steht häufig und heftig in der Kritik: Kompetenzbeschränkungen des Verfassungsgerichts, Änderungen des Wahlrechts und der ungarischen Mediengesetze gaben Anlass zur Sorge. Wie steht es um den Rechtsstaat und die Demokratie in Ungarn?

Über diese Frage diskutierte Akademiedirektorin Ursula Münch mit dem ungarischen Generalkonsul, Gábor Tordai-Lejkó und dem Politikwissenschaftler Henrik Hansen vor einem zum großen Teil aus der Tutzingener Kommunalpolitik kommenden Publikum. Das Akademiegespräch fand vor der Jubiläumsfahrt einer Tutzingener Delegation nach Balatonkenese statt. Die Partnerschaft mit der Gemeinde am Plattensee besteht seit 20 Jahren.

Versäumnisse der Vergangenheit

Hansen erläuterte die Bedingungen, unter denen Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei 2010 die Regierung übernahmen. Eliten prägten den Wandlungsprozess des Landes nach 1989, die alte politische Macht wurde in wirtschaftliche Macht transformiert, die Verbrechen des Kommunismus nie wirklich aufgearbeitet. Die Republik Ungarn erhielt erst 2010 ein gänzlich neues Grundgesetz. Die heutige Verfassungsreform stehe daher stellvertretend auch für den Wunsch der Bevölkerung nach einer zeitgemäßen Verfassung, welche die alten sozialistischen Strukturen nach 1989 vollständig hinter sich ließ.

Doch auch mit dem neuen Grundgesetz bleibe die Republik Ungarn eine parlamentarische Demokratie. Das Mediengesetz sei überdies notwendig geworden, da es bis dato keines gab. Allerdings habe man während der Ausarbeitung der Reformen keinen parteiübergreifenden Konsens gesucht. Jedoch habe dies auch keine Tradition in Ungarn. Insgesamt, so Hansen, wurden zu viele Gesetze im Schnellverfahren durchs Parlament gejagt, die nun technisch nicht ausgefeilt seien.

Schwache Opposition

Insgesamt machte Hansen vier Problemfelder aus, über die zu diskutieren sei: Die parlamentarische Demokratie Ungarns sei von einer starken Polarisierung und der politische Diskurs von einer Freund-Feind-



Diskutierten über die aktuelle Lage in Ungarn: der Politikwissenschaftler Henrik Hansen (links) und der ungarische Generalkonsul Gábor Tordai-Lejkó.

© Haas

Stimmung geprägt. Eine vernünftige und starke Kontrolle der Regierung sei aufgrund einer schwachen Opposition kaum möglich. Die rechtsextreme Jobbik lehne das politische System Ungarns grundsätzlich ab, verschärfe dadurch populistische Tendenzen zusätzlich. Die verbliebene grüne und sozialistische Opposition agiere systemkonform und sei überdies stark zersplittert. Das parlamentarische System funktioniere mithin nur eingeschränkt.

Darüber hinaus sei Orbáns Demokratieverständnis selbst eher identitärer Prägung. Für ihn sei eine Homogenisierung verschiedener Meinungen selbstverständlich, das vermeintliche Recht der Mehrheit daher zu stärken. Und schließlich zeichne sich Ungarn durch eine problematische Geschichtspolitik aus. Die Regierung neige dazu, das Land als Opfer der Besatzungszeit seit 1944 bis in die 90er Jahre darzustellen und die eigene Verantwortung für die Verbrechen des Kommunismus auszublenden. Dies erkläre die Leichtigkeit der Regierung, sich gegenwärtig auch als Opfer einer europäischen Politik aus Brüssel zu inszenieren – mit allen Konsequenzen.

Abschließend waren sich der ungarische Generalkonsul, Gábor Tordai-Lejkó und Hendrik Hansen in einem Punkt einig: Kritik unter Partnern bleibe dann einseitig, wenn ein Partner stets der Ansicht sei, die andere Seite lediglich zu kritisieren und unliebsame Meinungen eher zu stigmatisieren. Innerhalb der Europäischen Union müsse man zu einem erneuerten Pluralismusverständnis kommen. Das bedeute, gegensätzliche Meinungen zuzulassen und anzuhören. Die ungefilterte Übernahme von Unwahrheiten gehöre nicht in den politischen Diskurs, vielmehr nähere man sich der Lösung politischer Fragen durch eine differenzierte Debatte, die es wieder verstärkt zu suchen und zu etablieren gilt.



Anja Opitz

12. Tutzinger Radiotage

Neue Öffentlichkeit erzeugt digitale Hetzorte

Die Glaubwürdigkeitskrise der Medien, das Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland und die Berichterstattung über Flüchtlinge waren Schwerpunkte unserer Medientagung*.

„FRAU MERKELS FLÜCHTLINGSPOLITIK ist ein Wiederbelebungsprogramm für die AfD.“ So liest es jedenfalls der Meinungsforscher Richard Hilmer aus seinen Daten heraus. Der frühere Chef von infratest dimap und heutige selbständige Politikberater eröffnete vor rund 50 Journalisten aus ganz Deutschland die 12. Tutzinger Radiotage* mit diesem Paukenschlag.

Und er legte gleich nach: „Neue Protestparteien leben von der Aufregtheit der Männer“, so Hilmer weiter. Egal, ob AfD, Piraten, Schill-Partei, NPD, DVU oder Grüne. Neu sei das Phänomen des Rechtspopulismus auch nicht. So habe bereits 2001 der als „Richter Gnadenlos“ bekannte Ronald Schill in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 19,4 Prozent der Stimmen erhalten und sei aus dem Stand als Vize-Bürgermeister und Innensenator in die Regierungskoalition mit der CDU eingetreten.

Angst beherrschendes Thema

Bei den letzten Bundestagswahlen 2013 hatte die AfD noch unter anderen Vorzeichen (Euro-Krise und -kritik) und mit anderen Personen an der Spitze 4,7 Prozent bekommen und sei damit knapp am Einzug in den Bundestag gescheitert. Auch damals bekam die neue Partei aus allen politischen Lagern Stimmen und konnte vor allem Nichtwähler mobilisieren. Erstaunlich sei, so Hilmer, dass die Erfolge der AfD bei den vergangenen Landtagswahlen trotz großer Zufriedenheit mit den jeweiligen Landesregierungen und Ministerpräsidenten zu verzeichnen seien: „Die Erfolgsgeschichte der AfD funktioniert in Ost und West, in Stadt- und Flächenstaaten gleichermaßen.“ Ihr gelingt es, aus al-



Eine ausführliche Dokumentation der Tagung im Netz unter: <http://radiotage.wasmitmedien.de/2016/>

len sozialen Schichten Wähler zu gewinnen – vor allem aber Männer. Die Partei besetze ein parteipolitisches Vakuum rechts von der Mitte, da die Union – einschließlich der CSU – von der Bevölkerung mehr links von der Mitte wahrgenommen werde. Zukunftsangst vor jeglichen Veränderungen sei ein beherrschendes Thema der AfD-Anhängerschaft. Der Islam wird zu stark und die Kriminalität steigt – diese Motive bewegen AfD-Wähler.

Die Bonner Medienwissenschaftlerin Caja Thimm hat in einem Forschungsprojekt den Diskurs in sozialen Netzwerken zur Flüchtlingsthematik untersucht. Sie sagt: „Der Grundgedanke von mehr Partizipation durch Soziale Medien hat zwar stattgefunden. Aber durchaus nicht so, wie wir es uns vielleicht wünschen.“ Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter seien zweifellos die neue Öffentlichkeit: „Jeder kann fast alles posten.“ Deswegen gebe es mittlerweile „digitale Hetzorte“.



Caja Thimm ermahnte die Politiker, mehr auf ihre Sprache zu achten.

© Kühl

Die Mediatisierung der Gesellschaft habe zu Distanzlosigkeit, einer hohen Kommunikationsdichte und einem hohen Kommunikationsdruck mit großer Emotionalität geführt. In der „Community des Hasses“ würden die Leute in einer Filter-

blase der Kommunikation leben, in der sie sich nur noch unter ihresgleichen austauschen und fremde Meinungen gar nicht mehr an sich heranlassen. Problematisch sieht Thimm die Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer in der Flüchtlingsfrage. Sie ermahnte die Politiker, auf die Sprache zu achten und nicht noch die Hasskommunikation im Netz zu befeuern. Negative Beispiele gebe es genug – angefangen von der Vertriebenenfunktionärin Erika Steinbach bis zur sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten Bettina Kudla.

Was können Journalisten nun gegen diese Hass-Kommunikation im Netz tun? Thimm empfiehlt die Etablierung einer „Counter-Speech-Kultur“. Es müsse Sanktionen gegen Hass-Kommentatoren geben und den Leuten müsse klar gemacht werden, dass sie keine private Diskussion am Stammtisch führen, sondern eine öffentlich-politische Kommunikation praktizieren. Thimm forderte eine Debatte über unsere digitale Werteordnung.

Michael Schröder

* In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Forum Verfassungspolitik

Großbaustelle Föderalismus

Der deutsche Bundesstaat steht vor einer Neuausrichtung

IM JAHRE 2019 LAUFEN der aktuelle Länderfinanzausgleich und der Solidarpakt II aus – zwei tragende Säulen des deutschen Föderalismus. Das diesjährige Forum Verfassungspolitik fragte danach, wie die Länder zukünftig ihre Aufgaben wahrnehmen werden.



„Sand im Getriebe“

„Auch bewährte Verfassungen, zu denen zweifelsohne das Grundgesetz zählt, müssen sich immer wieder fragen lassen, ob sie den Herausforderungen der Zeit noch in jedem Fall gerecht werden“, sagte der ehemalige



Hans Jürgen Papier: „Föderalismus muss den Bürgern immer wieder begrifflich gemacht werden.“

Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier in seiner Einführung. Die föderale Ordnung habe sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder zur „großen Baustelle deutscher Staatlichkeit“ entwickelt. Der Hinweis auf die große historische Tradition des Föderalismus in Deutschland reiche nicht, er müsse den Bürgern immer wieder begrifflich gemacht werden. Insbesondere mit Blick auf den schwerfälligen Prozess vieler gesetzgeberischer Reformen (zum Beispiel bei der Erbschaftssteuer) erscheine der Föderalismus vielen Bürgern „als Sand im Getriebe des politischen Systems“, so Papier.

Föderalismus fördert Akzeptanz

„Der deutsche Bundesstaat hat es schwer“, befand auch der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Ferdinand Kirchhof. „Ein blasses Organisationsprinzip gewinnt schlecht Freunde.“ Aber es verfolge letztlich gewichtige Ziele. Kirchhof hob insbesondere hervor, dass das Bundesstaatsprinzip die Identifikation des Bürgers mit dem Staat generell fördere.

Die kleinen Einheiten seien begreifbarer, deren Politik ist transparenter und würde personalisierter wahrgenommen. Dies gibt der Demokratie die notwendige Akzeptanz ihrer Bürger mit dem Staat, sagte Kirchhof. Es sei gerechtfertigt, einen lebendigen Bundesstaat hochzuhalten, obwohl er ohne Zweifel seine Nachteile hat. Eine Leitlinie sei es, die Eigenständigkeit der Bundesländer im Finanzwesen zu stärken: „Jeder braucht Finanzquellen zur Erfüllung seiner Aufgaben und die braucht er aufgaben- und zeitgerecht“, so Kirchhof.



Ferdinand Kirchhof: „Die kleinen Einheiten sind begreifbarer.“ © Haas



Schleswig-Holsteins Innenminister Stefan Studt: „Die Bürger wollen Ergebnisse sehen.“

„Der Bundesstaat hat eine Zukunft, und ich bin sehr dafür, sich intensiv darum zu kümmern“, sagte der schleswig-holsteinische Innenminister Stefan Studt (SPD). Für die Bürgerinnen und Bürger sei der Bundesstaat allerdings kein Thema. „Die wollen keine Grenzen sehen, sondern grenzüberschreitend leben“, bemerkte er insbesondere mit Blick auf die Metropolregion Hamburg und die Grenzregion zu Dänemark. Die grundsätzlichen Zuständigkeitsverteilungen inte-

* Diese Veranstaltungsreihe richtet die Akademie in Kooperation mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier aus.

ressieren die Bürger nicht, vielmehr wollen sie Ergebnisse sehen, sagte Studt. Der Föderalismus habe sich als Strukturelement erwiesen, welches eine Vielzahl von Modellen zulässt. Länderfusionen hält Studt dabei allerdings nicht für denkbar.

Balance bewahren

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) appellierte, darauf zu achten, dass die Balance in einer bundesstaatlichen Ordnung auch zukünftig gewahrt bleibt und die Verantwortlichen in Bund und den Ländern klar definiert sind. Dringenden Reformbedarf sieht Herrmann beim Länderfinanzausgleich.



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sieht Reformbedarf beim Länderfinanzausgleich.

Bayern trug zuletzt mehr als die Hälfte des gesamten Ausgleichsvolumens zwischen allen sechzehn Ländern, betonte er. Die Länder hätten sich bereits einstimmig auf eine grundlegende Reform des

Ausgleichssystems geeinigt. Danach sollen die Finanzkraftunterschiede ausschließlich durch bestimmte Zu- und Abschläge bei der Umsatzsteuerverteilung ausgeglichen werden. Die abschließende Einigung mit dem Bund stehe allerdings noch aus.

„Das Grundgesetz wurde bis heute sechzigmal geändert. Und mehr als die Hälfte der Änderungsgesetze betraf in der einen oder anderen Weise die bundesstaatliche Ordnung“, so der Staatsrechtler Christoph Degenhart von der Universität Leipzig. Die quantitativ sicher bedeutsamste Reform sei die Föderalismusreform I aus dem Jahr 2006 gewesen. Die Reform hatte insbesondere Änderungen im Bereich der Gesetzgebungskompetenzen des Grundgesetzes zur Folge.

„Gordischer Knoten der Verflechtung“

Dabei ging es insbesondere um eine Stärkung der Landesparlamente und den Abbau von Abstimmungsblockaden bei Bundesgesetzen im Bundesrat. Die Reform habe zwar nicht „den gordischen Knoten“ der Verflechtung durchschlagen, was auch kein realistisches Ziel sei. Sie habe aber einige relevante Teilschritte zur funktionsgerechten Gestaltung der bundesstaatlichen Ordnung gebracht.

„Ist der deutsche Bundesstaat europatauglich?“ fragte der Münchner Staatsrechtler Stefan Koriath. Wegen der schwierigen Abstimmungsprozesse im deutschen Föderalismus sei er dies nicht in allen

Punkten, lautete seine Antwort. Der Ausweg wäre die Zentralisation. Koriath plädierte jedoch dafür, es bei dem schwierigen Zustand zu belassen. Es gibt keinen Anspruch der EU darauf, dass die innerstaatliche Organisation es ermöglicht, dass man von Brüssel problemlos bis in die Kommunen hineinregieren kann, sagte er.

Einen Blick aus kommunaler Sicht auf den Bundesstaat warf Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Stadt Bergkamen (SPD). Die Kommunen wollen ihren Teil zur Bewältigung der großen Herausforderungen, wie der Integration der Flüchtlinge, leisten. Dazu bräuchten sie jedoch Bund und Länder. Schäfer betonte: „Wir sind die erste Ansprechenebene für die Bürgerinnen und Bürger und sind auch die Ebene, die ihr Bild vom Staat prägt“.

„Anwalt des Föderalismus“

Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet (CSU) sieht den Freistaat Bayern als „Anwalt des Föderalismus“, zumal er in Deutschland der Gliedstaat mit dem höchsten eigenen Staatsbewusstsein und dem größten Willen zur Eigenständigkeit sei. Gemeinsam mit den anderen deutschen Ländern kämpfe man zurzeit darum, auf europäischer Ebene überhaupt noch als Staaten wahrgenommen zu werden. Vor diesem Hintergrund habe der Bayerische Landtag gerade sein Parlamentsbeteiligungsgesetz novelliert. Darin seien ausführliche Berichtspflichten der Staatsregierung an den Landtag zu Europafragen festgeschrieben.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof habe sich in den letzten Jahren mit fast allen gesellschaftspolitischen Themen beschäftigt, die in Bayern streitig gewesen seien, sagte der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Peter Küspert. Als Beispiele nannte er das Rauchverbot, die Studiengebühren und die Windkraftanlagen. Hier zeige sich, dass die Bayerische Verfassung auch durch die Einbindung in einen Bundesstaat und angesichts der Entwicklungen auf der europäischen Ebene nichts von ihrer Bedeutung als Fundament des politischen Gemeinwesens eingebüßt habe.



Peter Küspert erkennt keinen Bedeutungsverlust der Landesverfassungen.

Gero Kellermann

Eigenes Sein statt Fremdbestimmung

Internationale Sommerschule zur Integrativen Bioethik

Woher kommen eigentlich die Normen und Wertvorstellungen, die den Umgang mit dem menschlichen Leben bestimmen? Liegen sie – in welcher Weise auch immer – in der Natur des Menschen oder sind sie frei davon als Konstrukte menschlicher Rationalität anzusehen?

DERARTIGE FRAGEN begleiten das Nachdenken über die rechte Weise der Lebensführung von Anfang an. Unter dem Titel der „Integrativen Bioethik“ versammeln sich Bemühungen, das Verhältnis von Natur und Rationalität nicht als einen Gegensatz, sondern als Verweisungszusammenhang zu verstehen. Gefragt wird dabei, inwiefern in der Natürlichkeit des Lebens selbst bereits eine rationale Normativität liegt. Es geht dabei um die Integration von Freiheitlichkeit einerseits und einer grundlegenden Würdigung der Vitalität andererseits. Beide stehen in vielen Überlegungen der sogenannten Bioethik getrennt voneinander, etwa wenn die „Selbstbestimmung“ gegen ein als unzulänglich und defizitär dargestelltes Leben steht. Die Geschichte von Walter Jens machte vor einigen Jahren diesen Widerstreit augenfällig. Als aktiver Wissenschaftler forderte er ein selbstbestimmtes Lebensende ein und später – an Demenz erkrankt – zeigte er immer wieder sichtliche Freude an dem Leben, das ihm zuvor als unmöglich vorschwebte.

Bioethik und Philosophie


Die Integrative Bioethik war Gegenstand einer mit dem Lehrstuhl für Praktische Philosophie an der FernUniversität in Hagen veranstalteten Sommerschule. Mit dabei waren Professoren und Studierende der südosteuropäischen Universitäten Zagreb, Sofia, Thessaloniki und Kreta sowie von den Katholischen Universitäten Eichstätt und Linz. Der „Integrativen Bioethik“ geht es gleichzeitig um methodologische wie anwendungsbezogene Grundfragen bioethischer Theorie und Praxis, die im Blick auf einen ebenso nicht-reduktionistischen wie ergebnisorientierten Dialog verschiedener Perspektiven zu bearbeiten sind. „Eine produktive Beziehung zwischen bioethischen Fragen und philosophischer Reflexion zeichnet die Integrative Bioethik aus“, wie Hrvoje Juric von der Universität Zagreb unterstrich.

Auf dem Programm standen Vorträge, Seminare und Workshops mit Fachvertretern aus unterschiedlichen Disziplinen: von den Naturwissenschaften über die Politikwissenschaft und Theologie zur Philosophie. In verschiedenen Foren konnten die Studenten eigene Abschlussarbeiten und Promotionsprojekte an den jeweiligen Universitäten, aber auch ihre praktische Arbeit im Krankenhaus und der Pflegeberatung vorstellen und diskutieren.

Freiheitspotentiale aufdecken

Thomas Sören Hoffmann (FernUniversität in Hagen) machte deutlich, dass die Entwicklung einer Integrativen Bioethik noch ganz in den Anfängen steckt. Dabei hat sie die Bedeutung einer alten Erkenntnis zu erforschen: Was bedeutet es für die ethische Reflexion über den Umgang mit Lebendigem, dass derjenige, der solcherart nachdenkt und nachdenken muss, stets selbst bereits lebt. Jedenfalls hat er es niemals einfach mit Objekten zu tun, sondern stets mit Subjekten. So betrifft sein Denken immer zugleich ihn selbst in seinem eigenen Sein. Die Möglichkeit zu eigenem Sein zu gewähren, ist damit der zentrale Referenzpunkt bioethischer Reflexion. Schon vor dem Erwachen selbstbewusster Subjektivität kann dann auch der Leib als „Integritätsinstanz“ gewürdigt werden, die möglichen desintegrierenden Handlungen eine Grenze aufweist. „In Lebenszusammenhängen schlummernde Freiheitspotentiale aufzudecken“, stellte Hoffmann als Hauptaufgabe integrativer Bioethik dar. Sie zu lösen, würde auch die Bioethik davor bewahren, nur Akzeptanzbeschafferin für technische Neuerungen zu werden.

„Die Sommerschule in Tutzing war für mich eine echte Bereicherung und ich bin sehr froh, die Gelegenheit bekommen zu haben, teilnehmen zu dürfen. Ich bin allgemein ein Fan von Präsenzseminaren, weil man sich dort intensiv mit einem philosophischen Thema auseinandersetzt. Die Sommerschule hat diese Seminare nun jedoch um einiges übertroffen“, so Martina Heinemann, die an der FernUniversität in Hagen Philosophie studiert. „Besonders spannend war auch der Austausch mit den europäischen Kollegen, durch die auch kulturelle und rechtliche Unterschiede im Bereich der Bioethik klarer geworden sind“, wie ihre Hagener Kommilitonin Julia Debernitz ergänzt und noch einmal die traumhafte Lage am Starnberger See hervorhebt. Die beiden sind sich einig: „Es war eine sehr intensive und anregende Woche, die leider viel zu schnell verging.“


 Marcus Knaup
 Michael Spieker

Nicht dasselbe Selbst

Zugänge zum Selbst und damit die Grundlage des Selbstverständnisses von Mensch und Gesellschaft erkundete eine Tagung mit chinesischen und deutschen Philosophen in Peking.

IN WECHSELNDER BESETZUNG traf sich die Gruppe bereits zweimal in der Tutzingener Akademie. Diesmal fand der Austausch in einem in den Westlichen Bergen gelegenen Vorort von Peking statt. Dort ist auch die Sihai Konfuzius Akademie, der chinesische Kooperationspartner, beheimatet. Unterstützt wurde die Tagung erstmals von der Hanns-Seidel-Stiftung, die bereits seit fast 40 Jahren in Peking arbeitet.

Sowohl die breite Tradition der konfuzianisch inspirierten Philosophie als auch der Deutsche Idealismus weisen ein reduktionistisches und naturalistisches Verständnis des Menschen ab und stellen sich gleichermaßen gegen ein egoistisches Verständnis vom Menschen als Nutzenmaximierer. Im Zuge der Reformbemühungen des kaiserzeitlichen Chinas war die Philosophie des Deutschen Idealismus ein wichtiger Anknüpfungspunkt derjenigen Reformer, die eine Verbindung traditioneller chinesischer und moderner westlicher Wertvorstellungen schaffen wollten. Innerhalb dieses gemeinsamen Rahmens gibt es freilich vielfältige Unterschiede in der methodischen Herangehensweise an die Philosophie ebenso wie im Verständnis des menschlichen Wesens.

Freiheit und Kosmos

So steht im Mittelpunkt des Deutschen Idealismus die Freiheit des Individuums, das als solches nicht etwa empirisch verstanden wird, sondern ein reiner Begriff ist – was seine Realität keineswegs einschränkt. Kant drückte dies so aus, dass das Selbst erst als aufgeklärtes vollständig es selbst ist, wozu zunächst und zumeist das freie Urteilen über alle Belange des Lebens gehört. Für chinesische Ohren klingt das nach einem beschränkten Rationalismus, dem das konfuzianische Modell des Menschen als „Herz-Geist“ entgegengestellt wird. Dieses Selbst ist Glied eines kosmischen Zusammenhangs und nicht Herr über all seine Urteile.



So sollen sich die Philosophien verbinden – im Garten der alten Konfuzius-Akademie.

Wenn also aus zwei unterschiedlichen Traditionen über das Selbst gesprochen wird, so spricht man doch nicht unbedingt vom Selben. Schließlich ist auch der Standpunkt, von dem aus darüber gesprochen wird, nicht deckungsgleich. So versteht die abendländische Tradition die Philosophie als eine Wissenschaft, mit dem Ziel sicheres Wissen zu generieren und darin Freiheit zu realisieren. „Philosophie“ in traditionell-chinesischer Perspektive ist als Weisheitslehre zu verstehen, die den Menschen einen bestimmten Lebensweg lehren will. Dabei war stets in beiden Traditionen auch die jeweils andere Art von Philosophie anwesend. So im Westen in der Philosophie der Stoa oder im Osten im Neokonfuzianismus Wang Yangmings.

Allzu leicht, das zeigten auch die intensiven Diskussionen, gerät der Versuch in den Dialog unterschiedlicher Philosophien einzutreten, zu einem Entgegensetzen und – damit meist verbundenen – Überbietungswettbewerb. So war immer wieder von einem vermeintlichen reduktionistischen Rationalismus des Westens zu hören und von einem asozialen Individualismus, der dort vorherrsche. Dem wurde dann die familienbasierte Denk- und Lebensweise Chinas entgegengestellt. Doch werden derartige Gegenüberstellungen beiden Traditionen nicht gerecht, geschweige denn der gesellschaftlichen Realität im China (bzw. Europa) der Gegenwart. Zugleich sind diese Konstruktionen des Fremden, die in diesem Fall die Europäer sind, unerlässliche Elemente nicht nur der Selbstbildung, sondern auch der kulturellen Identitätsfindung. Die ist in China seit über 100 Jahren virulent, doch gilt es dabei stets im Auge zu behalten, dass sie auch in Europa und Deutschland eine ständige Aufgabe ist, wie gegenwärtige Diskussionen über Islam und Europa zeigen.



Michael Spieker (rechts) mit dem chinesischen Kooperationspartner Guo Yi vor dem Eingang zum Konfuzius-Tempel

© privat

Schwierig ist auch die sprachliche Verständigung. So werden Begriffe beider Tradition durch die Übersetzung mitunter entfremdet, ja sie sind in ihrem eigentlichen Bedeutungsreichtum manchmal schlicht nicht übersetzbar.

Übersetzungsprobleme

Das gilt für den chinesischen Begriff „tian“, der gewöhnlich mit Himmel übersetzt wird, dem aber keineswegs die Transzendenz des westlichen Himmelsbegriffs innewohnt. So ist Tian eine wichtige Koordinate für das konfuzianisch verstandene Selbst. Das gilt aber auch umgekehrt für westliche Begriffe wie Logik und Rationalität, die zwar das Denken allein betreffen, das aber keineswegs als Gegensatz zu einer empirischen oder außervernünftigen, etwa nur gefühlten Realität zu verstehen ist. In derartigen Zusammenhängen kann es auch ein wichtiges Ergebnis des Dialogs sein, die Unterschiedlichkeit genau zu beschreiben, statt vorschnell zu einem vereinnahmenden „Verstehen“ zu gelangen.

Maßstab für gerechte Herrschaft

Nicht zu vernachlässigen ist dabei die politische Funktion der Diskussionen über das Selbstverständnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Nicht nur angesichts des rasanten gesellschaftlichen Wandels in

China, sondern auch vor dem Hintergrund der Transformation der Herrschaft durch die Kommunistische Partei, verknüpfen sich manche Hoffnungen mit der Renaissance des Konfuzianismus, der einst als feudales Relikt überwunden werden sollte. In der Tat bietet er Orientierungsmöglichkeiten zur Sicherung des stets prekären gesellschaftlichen Friedens, nicht zuletzt durch klare Maßstäbe für gerechte Herrschaft. So wurde auch der Vorschlag geäußert, dass man, wie zur Kaiserzeit, die wirklich verdienten und gerechten Herrscher und Beamten wieder auf öffentlichen Stelen notieren und verehren möge.

Ganzheitliches Bildungsprogramm

Als reformerische Bewegung versteht sich auch der chinesische Kooperationspartner, der ein umfangreiches, auf die ganze Person gerichtetes Bildungsprogramm anbietet. Dazu gehört nicht nur eine Internatsschule, die versucht Konfuzius und Computer miteinander zu verbinden, sondern auch Sommerschulen und wissenschaftliche Konferenzen. Die schwierige Lage der offiziellen Identitätsfindung in China zeigt derweil schon eine Kleinigkeit am Rande. So ist staatlicherseits selbst das Schulesen reguliert und muss täglich Fleisch enthalten. Es gilt damit wohl vegetarischer Sektenbildung zuvorzukommen. In Sihai wurde dennoch konsequent ökologische und vegetarische Kost gereicht. Das Gespräch der chinesischen und deutschen Philosophen jedenfalls soll in Tutzing mit einer Tagung zur Philosophie der Familie fortgesetzt werden – egal ob mit oder ohne Fleisch.

Michael Spieker

50 Jahre chinesische Kulturrevolution

1967 INITIIERTE Mao Zedong die „Große Proletarische Kulturrevolution“, eine Reihe von Massenkampagnen, die nicht nur Leben (insbesondere von Professoren und „Revisionisten“), sondern millionenfach Familien und Biographien zerstörten.

Vordergründig sollten Klassenkämpfe und die sozialistische Revolution in China auf eine neue Stufe geführt werden. Tatsächlich ging es um die Beseitigung parteiinterner Gegner. Maos machtpolitische Situation war für ihn katastrophal: Spitzenposten in Staat und Partei waren verloren, Mao hatte Peking verlassen. Nur mit Gewalt, Denunziationen, mit Hilfe der Medien und der „Roten Garden“ gelang Mao die Konsolidierung seiner Macht. Chinas „lost generation“ leidet bis heute an der Schließung vieler höherer Bildungseinrichtungen zwischen 1966 und 1976.

SH

„Homo sociologicus“ und Liebhaber von Kartoffelpuffern Akademiedozent der ersten Stunde Peter Hanke wurde 85

ENDE SEPTEMBER 1931 in Sachsen geboren, verbrachte Peter Hanke seine Kindheit in Stettin. Die Wohnung der Eltern wurde bei einem Luftangriff 1943 zerstört und die Familie siedelte zu den Großeltern nach Niederschlesien um. Dort erlebte Hanke gemeinsam mit seinen drei Geschwistern die letzten Kriegsjahre und den Zusammenbruch der Nazi-Diktatur. Der Fluchtversuch vor der Sowjetarmee in eine der westlichen Zone scheiterte. Die nächsten eineinhalb Jahre fristete die Familie ihr Leben unter schwersten Bedingungen im schlesischen Löwenberg. Im Juli 1946 durfte sie Schlesien verlassen und gelangte zunächst nach Niedersachsen. Die folgenden zwei Jahre verbrachte die Familie auf einem Dorf im Kreise Alfeld (Leine). Peter Hanke nahm die unterbrochene Schulbildung wieder auf und arbeitete nebenher in der Landwirtschaft.

Semesterferien auf dem Bau

1952 machte Hanke am Niederrhein Abitur und arbeitete zunächst als Bauarbeiter, um sich das Studium an der Universität Münster leisten zu können. Dort studierte er zunächst Literaturwissenschaft, Geschichte und Sozialphilosophie. Wie er selbst später ausführte, betrachtete er die regelmäßige Arbeit in den Semesterferien auf dem Bau „als durchaus nützlich verwandt“; konnte er doch so die „Lebensbedingungen der Industriearbeiter aus eigener Anschauung gründlich kennenlernen“.

Nach dem Wechsel nach Freiburg wurde Arnold Bergstraesser auf den begabten Studenten aufmerksam und förderte ihn. Innerhalb der Hochschule engagierte sich Hanke in der Freiburger Gruppe des Sozialistischen Studentenbundes. In Bergstraesser hatte der angehende Doktorand Peter Hanke bei seiner Bewerbung auf eine Dozentenstelle an der Tutzinger Akademie 1959 einen gewichtigen Fürsprecher. Auch konnte er, wohl nicht zuletzt aufgrund seines hochschulpoli-

tischen Engagements, auf die Unterstützung Walde-
mar von Knoeringens und Hans-Jochen Vogels bauen. 1960 trat Hanke die Dozentenstelle in Tutzing an.

„Förderer der Zigarettenindustrie“

Nach dem Tode seines Mentors Arnold Bergstraessers wurde Hanke im Juli 1966 von Dieter Oberndorfer, dem amtierenden Direktor des Arnold-Bergstraesser-Instituts, promoviert. Die Schwerpunkte seiner Tätigkeit für die Akademie lagen in den Bereichen Sozialstruktur, sozialer Wandel und politische Soziologie. Hanke blieb insgesamt über 14 Jahre bis Ende 1974, um dann auf die Professur für Politikwissenschaft an die Hochschule der Bundeswehr in München-Neubiberg zu wechseln. Dem Informationsblatt des Tutzinger Personalrats zufolge, zählen zu Hanks besonderen Kennzeichen in jenen Tagen: „Förderung der Zigarettenindustrie, Liebhaber von Kartoffelpuffern, Kriminalromanen, schrottfreien Fleischstücken und langen Vorträgen, von Schlagfertigkeit und witzigen Diskussionen“.



Peter Hanke im Jahre 1957
© APB-Archiv

Nach wie vor in Tutzing ansässig, kann man den begeisterten Schwimmer Hanke nebst Gattin an Sommertagen oft am Badesteg der Akademie antreffen. Kein Wunder, dass er den 85. Geburtstag spielend erreicht hat. In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch und ad multos annos!

 Steffen H. Elsner

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstr. 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Interview mit Josef Deimer

„Die Bereitschaft zur Mitwirkung wecken“ Ein Gespräch mit Kuratoriumsmitglied Josef Deimer anlässlich seines 80. Geburtstags

Akademie-Report: *Herr Deimer, welche Rolle spielen die Städte und Gemeinden in der Demokratie, können sie in Zeiten der Individualisierung noch eine kommunale Gemeinschaft herstellen?*

Deimer: Die Kommunen spielen eine wesentliche Rolle – als Basis von Demokratie, Selbstverwaltung und Bürgerbeteiligung. Doch bei all den unterschiedlichen Lebenskonzepten eine Gemeinschaft herzustellen, wird tatsächlich immer schwieriger. Aber man hat eben die Verantwortung als Politiker, den Leuten zu sagen, dass sie mitgestalten dürfen. Man muss die Bereitschaft zur Mitwirkung wecken, andererseits aber den individuellen Wünschen der Bürger entgegenkommen.

Was hat sich aus Ihrer Sicht in der Kommunalpolitik in den letzten Jahrzehnten am stärksten verändert?

Als ich in den 1960er-Jahren meine politische Karriere begonnen habe, hat man sich noch lange auf ein Mandat vorbereitet, sich politisch gebildet. Es scheint mir, dass heute die zufällige Ansprache von außen genügt, um die personelle Zusammenstellung innerhalb der Parteien zu ändern. Auch die Beliebigkeit des Wechsels nimmt zu: Nach meinen fast 40 Jahren in der Kommunalpolitik sind seit 2005 insgesamt vier Gruppierungen aus der alten Stadtratsfraktion entstanden. Wo bleibt denn da noch die Fähigkeit zum Konsens? Mit einer solchen Zersplitterung erreicht man keine vernünftigen Mehrheiten. Mehr Lesungen, Sitzungen, Diskussionen sind nötig – das ist ein großes Übel.

Was sind für Sie entscheidende Eigenschaften für eine Kommunalpolitikerin oder einen Kommunalpolitiker?

Entscheidend ist, die Menschen zu lieben, aktiv und ohne parteipolitisches Kalkül auf sie zuzugehen. Reflektiert sollte man sein und diskret und so Vertrauen aufbauen. Aus einer solchen „aktiven Neutralität“ lassen

sich die Leute dann für die eigene politische Richtung gewinnen. Ganz besonders wichtig ist übrigens, nicht nur im Gespräch zu bleiben, sondern sich auch Wissen über die Dinge anzulesen. „Das hast Du Dir doch nur angelesen“, kann kein Vorwurf sein. Denn woher soll die Fachkompetenz auch sonst herkommen?

Was sind zurzeit die größten Herausforderungen für die Kommunalpolitik?

Erstens natürlich die Flüchtlingspolitik – und da kann meiner Ansicht nach nur das Credo der Barmherzigkeit gelten. Zweitens muss in ganz Deutschland wieder mehr in den Sozialen Wohnungsbau investiert werden, die Förderungen dafür sind in den vergangenen 25 Jahren praktisch nur in den Osten gewandert, genossenschaftliche Systeme wurden vernachlässigt. Und drittens benötigt es eine vernünftige Raumplanung: Nur des Mammons wegen die Städte zuzustellen, das genügt nicht; auch der Raum ist Bestandteil der Architektur.



Josef Deimer war von 1970 bis 2004 Oberbürgermeister von Landshut.

© Haas

SEIT 1972 ist der Alt-Oberbürgermeister von Landshut, Josef Deimer, Mitglied des Kuratoriums der Akademie. Er ist unter anderem Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags, Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages, Ehrenpräsident des Bayerischen Volkshochschulverbands und Vorsitzender der Lebenshilfe Landshut. Der CSU-Politiker gewann 1966 als jüngster Stimmkreisabgeordneter ein Landtagsmandat. 1969 wurde er in seiner Heimatstadt Landshut zum damals jüngsten Oberbürgermeister in der Bundesrepublik gewählt. 2005 trat er in den Ruhestand.

Bekannt wurde Deimer unter anderem für seine kontroverse Haltung zur Kernenergie und sein frühzeitiges Eintreten für Ganztagschulen und Kinderbetreuung. Die Süddeutsche Zeitung bezeichnete ihn als „Giganten der Kommunalpolitik“.

Sie sprechen oftmals von „urbaner Lebensqualität“ und „Stadtökologie.“ Was verstehen Sie darunter?

Ich beziehe in die Ökologie die Ästhetik einer Stadt mit ein. Das Stadtklima hat nicht nur etwas mit der physikalischen Seite zu tun, es gehören auch ideelle Dinge dazu: die Silhouette nicht zu zerstören, Identität herstellen, Kommunikation zwischen den Bürgern, Teilhabe und ökologisches Verhalten fördern. Außerdem muss der Poli-


tik daran gelegen sein, verschämte Armut und unverschämtem Reichtum nicht zuzulassen, die Vielfalt politischer Ansichten und medialer Berichterstattung zu fördern. Also: die Stadt zu einem Ort der Begegnung zu machen.

Die Stadt als Ort der Begegnung bringt uns zu einem weiteren Ihrer Herzensanliegen, der Inklusion. Seit 1971 sind Sie Vorsitzender der Lebenshilfe Landshut. Wie verläuft die Inklusion generell auf kommunaler Ebene?

Inklusion muss gelebt werden! Aber die Menschen haben zu viele Berührungspunkte. Deshalb sind wir mit der Zentralen Verwaltung der Lebenshilfe Landshut nun ins Herz der Stadt gezogen und haben dort das Café am Dom eröffnet, in dem Menschen mit Behinderung die Gäste bedienen und auch verantwortlich sind fürs Säubern und die Haustechnik.

Sie arbeiten bereits seit langem mit der Akademie in kommunalpolitischen Fragen zusammen. Unter anderem haben Sie das „Kommunalpolitische Forum“ ins Leben gerufen, ein Bildungs- und Diskussionsforum für kommunalpolitische Entscheidungsträger

und -trägerinnen. Welche anderen Ansätze sehen Sie, Kommunalpolitik in der politischen Bildung zur Geltung zu bringen?

Grundsätzlich geht es darum zu erklären, wie Exekutive, Judikative und Legislative in der parlamentarischen Demokratie zusammenwirken und welche Grundsätze und Grundgesetze unumstößlich sind. Ohne dieses Vorwissen kann niemand in die Kommunalpolitik. Es genügt nicht, die Gemeindeordnung auswendig zu lernen. Also braucht es gemeinsame Bildungsangebote und Netzwerke, um die unabhängige Meinungsbildung zu fördern. 

*Das Gespräch führte Gero Kellermann
Aufzeichnung: Sebastian Haas*

Linktipps:

<http://www.lebenshilfe-landshut.de/>



Eine Langversion des Interviews findet sich auf <https://www.apb-tutzing.de/news/2016/deimer.php>

Tutzing-Camp für Mediencouts

ÜBER 80 MEDIENSCOUTS aus 16 Schulen trafen sich in der Akademie zum Erfahrungsaustausch. Ziel dieser Jugendtagung war es, die zahlreichen Projekte aus ganz Bayern zu versammeln, um Erfahrungen auszutauschen und neue Impulse zu vermitteln. Das Konzept von Mediencout-Projekten liegt derzeit bundesweit im Trend: Schülergruppen werden zu jungen Medienexperten ausgebildet, die ihr Wissen an jüngere Schülerinnen und Schüler weitergeben. Das Studio im Netz SIN aus München ist seit Herbst 2013 an der Ausbildung diverser Mediencout-Gruppen beteiligt und war auch Partner dieser Tagung.



*Der Link zur ausführlichen Tagungsdokumentation:
<https://www.studioimnetz.de/projekte/mediencamp/>*

Ein Ausschnitt aus der breiten Themenpalette der Workshops: Datenschutz und -sicherheit,



*Bei der Smartphone-Rallye
© SIN*

Cyber-Mobbing, Urheber- und Persönlichkeitsrechte, digitale Jugendbeteiligung, Aktionen gegen Hate-Speech, Respekt im Netz und Netiquette, Smartphone-Rallyes und Verschlüsselungstechniken.

Nach der Ausbildung führen die Mediencouts eigene Aktionen an ihrer Schule durch, z.B. in Form von Projekttagen, Workshops oder Sprechstunden.


MS

90 Jahre GEDOK

Seit 27 Jahren ist die Künstlerinnenvereinigung Partner der Akademie – Gespräch mit der 2. Vorsitzenden Waltraud Waldherr

Akademie-Report: *Frau Waldherr, es gibt etwas zu feiern: Die GEDOK wird 90! Und die Tutzingener Akademie für Politische Bildung veranstaltet zum 27. Mal eine Ausstellung mit dem Motto „20 Positionen.“*

Waldherr: Ja, wir freuen uns sehr, dass wieder 20 Künstlerinnen der GEDOK München in der Akademie ausstellen können. Das Konzept der „20 Positionen“ hat sich bewährt. Die Kooperation ist so erfolgreich, dass sie schon über ein Vierteljahrhundert besteht.

Was macht die Kooperation zwischen der GEDOK und der Akademie so interessant?

Im Kontext der Akademie als einem lebendigen Ort der kulturpolitischen Debatte und des offenen Diskurses werden die unterschiedlichen künstlerischen Positionen in Bezug auf ihre jeweilige politische oder gesellschaftliche Aussage wahrgenommen. Diese Perspektive auf Kunst von Frauen und auf den Verein ist besonders wichtig für die GEDOK. Umgekehrt erweitert Kunst das diskursive Konzept der Akademie und kann, so hoffen wir, Impulsgeberin sein. Offenheit für unterschiedliche Wahrnehmung, Erleben und Bewertung ist uns als gemeinsamer Wert in der Zusammenarbeit immer wichtig gewesen.

Wie kam es zur Gründung der GEDOK vor 90 Jahren?

Die Künstlerinnenvereinigung wurde 1926 in Hamburg von der deutschen Jüdin Ida Dehmel (1870–1942) als „Gemeinschaft Deutscher und Oesterreichischer Künstlerinnenvereine aller Kunstgattungen“ gegründet. Ihr Anliegen war die Förderung künstlerischer Talente von Frauen. Sie setzte sich zugleich vehement für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Dehmel führte einen glanzvollen Salon in der Hansestadt; in der Frauenbewegung aktiv, gehörte Sie einer kämpferischen Truppe an, die sich für das Frauenwahlrecht einsetzt. Selbst Heutzutage sind Thematiken wie Geschlechtergerechtigkeit von Bedeutung im öffentlichen Diskurs.

Welche Rolle kann die GEDOK zukünftig spielen?

Gute Frage, brauchen wir heute noch einen Verband wie die GEDOK? Diesen oder ähnlichen Fragen stellen wir uns immer wieder. Mit zahlreichen interdisziplinären



„Amour fou“ von Ursula Steglich-Schaupp ist in der aktuellen GEDOK-Ausstellung zu sehen.

© Petrus

linären Kunstprojekten, Ausstellungen, Lesungen und Konzerten bundesweit rückt die GEDOK das Werk und die Leistung ihrer Künstlerinnen erfolgreich ins Rampenlicht. Kunstpreise, wie der „Dr. Theobald Simon Preis“ für Bildende Kunst, der „FormART Klaus-Oschmann Preis“ für Angewandte Kunst und der „Ida Dehmel Literaturpreis“ ermöglichen die kontinuierliche Weiterführung des Fördergedankens der GEDOK-Gründerin, hoch qualifizierten Künstlerinnen – unabhängig von Alter und Lebensphase – den Weg in die Öffentlichkeit zu erleichtern und einem herausragenden Werk Anerkennung zu verschaffen. Die GEDOK ist Gründungsmitglied der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste (IGBK), der Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst, der Stiftung Kunstfonds, ist Mitglied im Deutschen Kulturrat, Deutschen Musikrat und nimmt somit Einfluss auf höchster politischer Ebene.

Dank ihrer Erfahrungen in Sachen Kunstförderung und Networking ist die GEDOK auch ein Magnet für junge Künstlerinnen, die noch am Anfang ihrer Karriere stehen und von gemeinsamen Kunst-Projekten und Kunst-Publikationen profitieren. Auch im 90. Jahr ihres Bestehens hat die GEDOK als Organisation nichts an Aktualität verloren.

Frauen in der Kunst – ist das nach wie vor ein hochpolitisches Thema?

Ja, denn bis heute werden Frauen im Kunstbetrieb benachteiligt. Dies ist angesichts der mangelnden Präsenz in Museen, Galerien und an führenden Positionen in Akademien oder im Kunstmarkt immer noch so. Selbst heute noch, in Zeiten der allseits proklamierten Gleichberechtigung, haben Frauen eine schwerere Ausgangsposition, wenn sie als Dirigentinnen ein Orchester leiten oder als Komponistinnen zu Gehör kommen wollen. Die GEDOK engagiert sich z.B. für eine höhere Sichtbarkeit von Komponistinnen der Gegenwart und ermöglicht die Aufführung ihrer Arbeiten.

Werke, die von Frauen in vorausgegangenen Jahrhunderten in Literatur, bildender Kunst und Musik geschaffen wurden, stoßen nach wie vor auf weniger Aufmerksamkeit als Werke ihrer männlichen Kollegen. Daran hat sich leider bis heute nicht viel geändert. Es ist noch viel Arbeit zu leisten, um das Bewusstsein zu stärken.

Was zeichnet die GEDOK aus?

Mit dem Konzept ihrer Gründerin, Künstlerinnen der Bildenden, der Angewandten und Darstellenden Sparten, Literatinnen und Musikschafterinnen in einem Verband zu vereinigen, steht die GEDOK auch heute noch einzigartig da in der Landschaft der europäischen Künstlerverbände.

Wie schätzen Sie die Zukunft der GEDOK ein?

Künstlerische Positionen leben aus der Vielfalt der Individualitäten, entziehen sich eigentlich festgelegten Schemata. Künstlerinnen der Angewandten und der Bildenden Kunst, Literatinnen und Musikerinnen sind wie fast alle Kulturschaffenden Individualisten und

Die GEDOK e.V.

... ist mit mehr als 2.800 Mitgliedern in 23 Städten Deutschlands das älteste und europaweit größte Netzwerk der Künstlerinnen und Kunstförderer der Sparten Bildende Kunst, Angewandte Kunst, Design, Darstellende Kunst, Literatur und Musik.

Die GEDOK München ist mit ihren mehr als 300 Mitgliedern eine der größten Regionalgruppen. Sie ist Mitglied im Stadtbund Münchner Frauenverbände, im Bayerischen Landes-Frauenrat und ist vertreten in der Gleichstellungskommission der Landeshauptstadt München.

2016 Jahr feiert die GEDOK bundesweit ihr 90-jähriges Gründungsjubiläum. Die Münchener Gruppe hat dies im Künstlerhaus am Lenbachplatz mit Kooperationspartnern, mit Künstlerinnen und Kunstförderinnen und vielen Freunden festlich begangen. Eine Sonderausstellung des Ehrenmitglieds Charlotte Dietrich begleitete die Festlichkeiten.

Einzelkämpferinnen, aber sie bringen sich ein in unsere Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstförderer. Der Verband verstand sich immer als Bindeglied zwischen Künstlerinnen und der Öffentlichkeit, seine Relevanz hat der Verein bis heute nicht eingebüßt.

Wir freuen uns über neue Impulse, neue Ideen und vor allem über neue Mitstreiterinnen. Und wir hoffen natürlich, dass wir die wunderbare Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung weiter ausbauen können!



*Das Gespräch führte
Annette Scholl*



*Einige der ausstellenden
GEDOK-Künstlerinnen der
laufenden Ausstellung*

Zur Wiege der deutschen Demokratie Personalseminar der Akademie führt in die Pfalz

TERMIN UND ORT für das diesjährige Personalseminar der Akademie waren gut gewählt: Vor 200 Jahren kam die Pfalz zum Königreich Bayern und vor 60 Jahren stimmten die Pfälzer gegen die Wiedereingliederung in den Freistaat. Die Akademie setzte mit dieser Studienreise an die Weinstraße die gute Tradition ihrer Personalseminare fort, um so allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Gelegenheit zu geben, regelmäßig an einer Veranstaltung der politischen bzw. historischen Bildung teilzunehmen.



Führung im Hambacher Schloss
© Siegmund

Ein Ziel war das Hambacher Schloss, das seit den revolutionären Versammlungen 1832 als „Wiege der deutschen Demokratie“ bezeichnet wird. Ein weiterer Höhepunkt war die Besichtigung des Doms zu Speyer, der eine fast 1000-jährige Geschichte hat. Seit 1981 ist er UNESCO-Welterbe und die größte romanische Kirche weltweit.



Sektprobe im Schloss Wachenheim mit dem Bad Dürkheimer Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld (rechts)

Mit der Fahrt in die Pfalz betonte die Akademie auch die Verbindung ihres Heimatlandkreises Starnberg zum Partnerlandkreis Bad Dürkheim. Der dortige Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld ließ es sich nicht nehmen, die Besucher aus Oberbayern persönlich bei einer Sektprobe und einem Pfälzer Vesperteller im Schloss Wachenheim zu begrüßen.


MS

Sieg des Akademierteams beim Landkreislaufer

BEIM 32. STARNBERGER LANDKREISLAUF in Feldafing feierte das Akademierteam seinen bisher größten Erfolg: Auf der schwierigen Strecke holte sich die Mannschaft den Sieg in der Firmenwertung. Von ihren Fans begeistert angefeuert, distanzierten die drei Läuferinnen und sieben Läufer unter anderen zwei Teams von der Bundeswehr. Zur Belohnung gab es einen Pokal. 



Das siegreiche Akademierteam und der Pokal
© Zerbel



© ANDREAS HERMSDORF / PIXELIO.DE

Akademie-Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Neue Zürcher Zeitung, 24. Juli 2016

Europa treibt auseinander

Auf dem alten Kontinent löst derzeit eine Krise die andere ab. Von Ökonomen wird daher ein radikales Umdenken gefordert.

DIE REGIERUNGEN IN EUROPA kommen nicht aus dem Krisenmodus. Brexit, die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern, der Streit um die Flüchtlingspolitik und die finanziellen Krisen in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien sind ein Symptom dafür. Eine Tagung in der Akademie für politische Bildung in Tutzing bei München zum Thema Konvergenz und Divergenz in Europa versuchte sich den Problemen des alten Kontinents zu nähern. Es seien die spaltenden Kräfte, die derzeit die Oberhand gewannen, war der Tenor.

Integrationsfreunde rufen nach mehr Supranationalität. Der renommierte Wirtschaftshistoriker Professor Werner Abelshausen wies darauf hin, dass dieses Thema mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung 1954 ad acta gelegt worden sei. EWG, EG und EU seien bewusst als Vertragsgemeinschaften souveräner Staaten geschaffen worden, die dauerhaft Herr der Verträge bleiben und das Überleben der Nationalstaaten sichern sollen. Eine einheitliche Ordnungspolitik entspreche nicht der Vielfalt der europäischen Wirtschaftskulturen und führe deshalb zu Spannungen und Instabilitäten, meint Abelshausen. Europa brauche deshalb Regeln, die eine «Einheit in Vielfalt» zuließen und ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten.

Abelshausen hält es nicht für ausgeschlossen, dass der Euro auseinanderbricht. Für diesen Fall plädiert er für eine Rückkehr zu einem System mit stabilen Wechselkursen. Gleichzeitig müsse das System so flexibel gehalten sein, dass Staaten vorübergehend aus- oder eintreten könnten.

Damit würde vielleicht auch die Kritik an den hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüssen obsolet. Michael Grömling vom Institut der deutschen Wirtschaft hält sie ohnehin für unberechtigt. Deutschland lege bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts den Fokus auf Investitionsgüter und habe in den letzten Jahren besonders vom Investitionsboom in den Schwellenländern profitiert, die solche Güter besonders nachfragten. Deutsche Überschüsse können nach seiner Ansicht nicht den Defiziten in anderen EU-Ländern «gegengerechnet» werden. Grömling erinnerte daran, dass die Bundesrepublik in den 1990er Jahren hohe Leistungsbilanzdefizite aufwies. Diese Situation könnte bei rückläufigen Investitionen in den Wachstumsländern schnell wieder auftreten.

Ein Symbol für das Scheitern der EU-Politik ist die Griechenland-Politik. Jens Bastian, der bis 2013 Mitglied einer Griechenland-Task-Force war, sieht auch nach der Gewährung von drei Hilfspaketen keine Besserung der Situation. Der Ökonom, der einst an der (vorübergehenden) Stabilisierung der griechischen Banken mitwirkte, gibt die Hauptschuld an der Misere dem derzeitigen Regierungschef Alexis Tsipras, dessen Wahl die zarten Wachstumssprossen vertrocknen lassen habe. Er hofft dennoch auf Erleichterungen durch die EU, vor allem einen Schuldenschnitt, weil das Land an die Grenzen seiner sozialen Belastungsgrenze geraten sei, sowie die Wirkungen des Juncker-Investitionsplanes. Er ist alles andere als optimistisch hinsichtlich der Aussichten des Landes...

*Gerhard Bläske
(siehe Seite 14)*



© SCHRÖDER

Themen, Tagungen und Termine der Akademie

JANUAR 2017

Januar **Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte** *3-1
 16. – 18. Neue Forschungsansätze
 Lehrkräftefortbildung mit der ALP Dillingen
Leitung: Michael Mayer / Sabine Wintermantel
Sekretariat: Ina Rauš **Tel. +49 8158 256-53**
 Anmeldung über die ALP Dillingen

Januar **„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ aktivcoach 2017** *3-3
 16. – 17. Tutzingener Schülerforum
 In Zusammenarbeit mit dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München
Leitung: Barbara Weishaupt
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay **Tel. +49 8158 256-17**

Januar **Bundestagswahl 2017** 3-2
 18. – 20. Wahlrecht und Wahlsystem auf dem Prüfstand
Leitung: Jörg Siegmund
Sekretariat: Ina Rauš **Tel. +49 8158 256-53**

Januar **Herausforderung Heterogenität** 4-1
 23. – 24. Impulse aus der Akademie für Direktorinnen und Direktoren bayerischer Gymnasien
 In Zusammenarbeit mit der Regionalen Lehrerfortbildung Oberbayern-West
Leitung: Ursula Münch / Barbara Weishaupt
Sekretariat: Simone Zschiegner **Tel. +49 8158 256-47**

FEBRUAR 2017

Februar **Staat und Gesellschaft in der DDR** *5-4
 1. – 2. Zwischen Anpassung und Widerstand
 Tutzingener Schülerforum
Leitung: Michael Mayer
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay **Tel. +49 8158 256-17**

Februar **Gesellschaftliche Umbrüche** 5-2
 2. – 3. Auf dem Weg zur sozial-ökologischen Transformation?
 In Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz in Bayern, dem Gesprächskreis „Die Transformateure – Akteure der Großen Transformation“, der IG Metall Bayern und dem Umweltbundesamt
Leitung: Wolfgang Quaisser / Andrea Fehrmann / Martin Held / Richard Mergner / Kora Kristof
Sekretariat: Antonia Kreitner **Tel. +49 8158 256-58**

Februar **Ethik und Politik** *6-1
 6. – 10. Recht und Gerechtigkeit
 Lehrkräftefortbildung mit der ALP Dillingen
Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser
Sekretariat: Ina Rauš **Tel. +49 8158 256-53**
 Anmeldung über die ALP Dillingen

Februar **Energiepolitik und Energiewende im 21. Jahrhundert** *6-2
 6. – 10. Lehrkräftefortbildung mit der ALP Dillingen
Leitung: Wolfgang Quaisser / Michaela Pöschl
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay **Tel. +49 8158 256-17**
 Anmeldung über die ALP Dillingen

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Februar **Nahost-Region** *7-4
 13. – 15. Tutzingener Schülerforum
Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Schenck Tel. +49 8158 256-46

Februar **Integration durch Medien –
Aufgabe oder Auslaufmodell?** 7-2
 16. – 17. Medienethische Herausforderungen
für die digitale Gesellschaft
 In Zusammenarbeit mit der Fachgruppe
Kommunikations- und Medienethik in der
DGPuK und dem Netzwerk Medienethik
Leitung: Michael Schröder / Alexander Filipović /
Kerstin Liesem
Sekretariat: Ina Rauš Tel. +49 8158 256-53
 Außenveranstaltung in der Hochschule
für Philosophie in München

Februar **EuropaPolitik erleben!** *7-3
 16. – 17. Die Datenschutz-Grundverordnung
Internationale Schülerakademie
 In Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet-
Lehrstuhl für Europäische Politik an der
Universität Passau
Leitung: Andreas Kalina / Robert Lohmann / Daniel Göler
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58
 Außenveranstaltung in Passau

Februar **Mit Europa in die Zukunft?** 7-1
 17. – 19. Leitideen der europäischen
Einigung im Widerstreit
 In Zusammenarbeit mit der Europa-Union
Deutschland e.V.
Leitung: Andreas Kalina / Ralf Bingel / Walter Brinkmann
Sekretariat: Heike Schenck Tel. +49 8158 256-46

Februar **Die Antike und ihre Vermittlung** *8-1
 20. – 22. Aufgaben und Perspektiven
des LehrplanPLUS
 Lehrkräftefortbildung mit der ALP Dillingen
Leitung: Michael Spieker / Sabine Wintermantel
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17
 Anmeldung über die ALP Dillingen

Februar **The Emerald Isle** *8-2
 20. – 22. Ireland between tradition
and modernity
 Lehrkräftefortbildung mit der ALP Dillingen
Leitung: Saskia Hieber / Gerhard Finster
Sekretariat: Ina Rauš Tel. +49 8158 256-53
 Anmeldung über die ALP Dillingen

Februar **Nahost-Region** *8-3
 22. – 24. Tutzingener Schülerforum
Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Schenck Tel. +49 8158 256-46

Tiefgang am See

Akademiedirektorin:
Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:
Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:
Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:
Dr. Saskia Hieber
Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer
Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz
Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund, M. A.
Pers. Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

StRin Barbara Weishaupt
Schulbezogene Projekte und Bildungspolitik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Sebastian Haas, M. A. (beurlaubt)
Miriam Zerbel, M. A. (Vertretung)



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch nahm am Obersalzberger Gespräch der Dokumentation Obersalzberg des Instituts für Zeitgeschichte zum Thema „Rechtsruck. Wie aktuell ist die NS-Vergangenheit?“ teil. Auf Einladung der Fachschaft Rechtswissenschaft des Cusanuswerks hielt sie in Marburg den Vortrag „Wie schaffen wir das? Interessenlagen und politische Akteure in der europäischen und bundesdeutschen Flüchtlingspolitik.“ Die Direktorin wurde zum Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV) berufen. Außerdem wurde sie Mitglied im Beirat des Münchener Zentrums für Lehrerbildung (MZL).

Kuratorium

Daniela Philippi, frühere Hörfunkjournalistin des BR und zuletzt Sprecherin der Bayerischen Staatsregierung, ist zum 1. Oktober in den Ruhestand verabschiedet worden. Sie bleibt uns aber als Mitglied des Kuratoriums weiter verbunden. Wir wünschen für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Verwaltung

Die Kassenleiterin der Akademie, **Simone Zschiegner**, hat zusätzlich die Aufgaben der Sekretärin der Direktorin und Büroleiterin übernommen.

Hauswirtschaft

Christine Friedrich, Hauswirtschaftsleiterin, konnte ihr 25-jähriges Dienstjubiläum in der Akademie feiern. Wir gratulieren herzlich und freuen uns auf noch viele gemeinsame Jahre guter Zusammenarbeit – auch zum leiblichen Wohl unserer Tagungsgäste.

Kollegium

Dr. Saskia Hieber hielt an der Bayerischen EliteAkademie einen Vortrag über die politischen Systeme Vietnams und Chinas. Auf einer Fachkonferenz der Stiftung Asienhaus und der Stadt Köln referierte sie über 'Public Participation in Chinese Reform Processes'.

Dr. Andreas Kalina sprach im schweizerischen Ftan anlässlich des Brexit-Votums zum Thema „Das Demokratiedilemma der EU: Europaweite Referenden als Ausweg?“. Dort leitete er im Rahmen der Sommerakademie der Studienstiftung des deutschen Volkes und des Max Weber-Programms die Arbeitsgruppe zur direkten Demokratie. Im Wintersemester hält Kalina an der Universität Passau ein Oberseminar über die komplexen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union.

Dr. Gero Kellemann hielt vor dem Europa-Stammtisch in München einen Vortrag über europapolitische Leitbilder zur Kompetenzverteilung in der EU.

Dr. Michael Mayer sprach vor Offizieren der Bundeswehr an der Europäischen Akademie Bayern in München zum Thema „Wendepunkte der Geschichte – Der Ost-West-Konflikt und seine Folgen“. Im Kloster Gars am Inn hielt er im Rahmen der Referatsleiterfortbildung der ALP Dillingen einen Vortrag mit dem Titel „Einwanderung im internationalen Vergleich. Die Bundesrepublik, Großbritannien und die USA 1950 bis 2000.“

Dr. Anja Opitz hielt an der Führungsakademie der Bundeswehr ein Seminar (Lehrgang Generalstabdienst) sowie einen Vortrag (UN Staff Officer Course) über die UN-Sicherheitssektorreform. Für die Europäische Akademie Bayern referierte sie über „Sicherheitsbedrohungen um 21. Jahrhundert.“ Im Rahmen der 13. Danube Rectors Conference Summer School in Prag sprach sie über „Security Challenges in the EU's Eastern Neighbourhood.“ In München moderierte sie das Entwicklungspolitische Forum „Im Brennpunkt: Flucht und Migration.“

Dr. Michael Schröder sprach in Landshut über „Die digitalisierte Unübersichtlichkeit – Schneisen durch den Informationsdschungel des Internet-Zeitalters“

Dr. Michael Spieker hält im Wintersemester Seminare über Governance des Sozialstaats an der Katholischen Stiftungshochschule in München und über den Begriff der Inklusion an der Universität Freiburg ab.